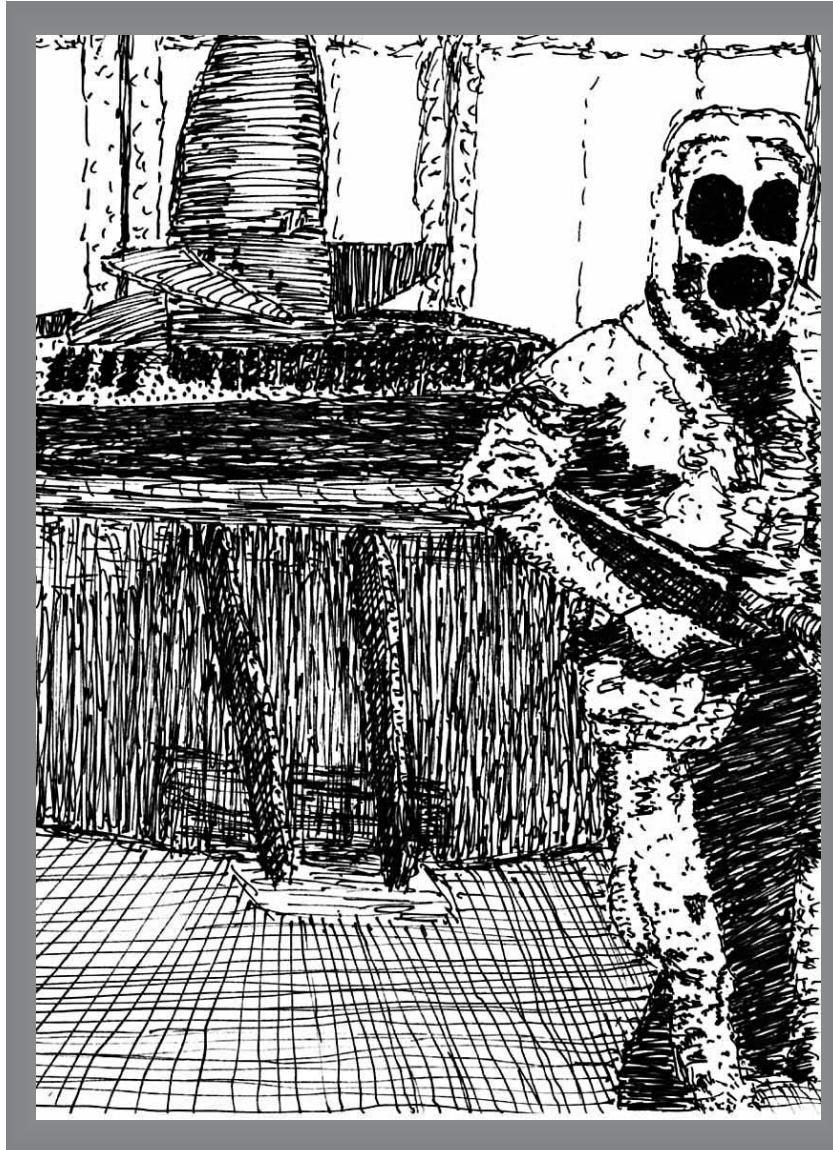


Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Soldat. Hans Wlaschka

Linksparteien in Europa:

- S. 3: Gemeinsamer Aufruf für die Wahlen zum Europäischen Parlament
- S. 5: Zuwanderungsgesetz gescheitert
- S. 7: Irak
- S. 12: Umstrittene Schulpolitik
- S. 15: Gewerkschaften im Abwehrkampf
- S. 19: Zur Ästhetik der Aufklärung



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
— ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansen.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Harry Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 , Sozialabo: 46,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

— zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)
o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)
o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)
o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:
Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

VOLLZEIT, TEILZEIT: DATEN. BERLIN: (HEUTE IM BUNDESTAG) Die Politik der Bundesregierung ist darauf gerichtet, dass das unbefristete Arbeitsverhältnis mit voller tariflicher Wochenarbeitszeit auch weiterhin die normale Form der Beschäftigung bleibt. Darauf verweist sie in ihrer Antwort (15/2932) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (15/2892). Wie darin mitgeteilt wird, hat der Anteil der Teilzeitbeschäftigen an der Gesamtzahl der abhängigen Erwerbstätigen 2002 21,4 Prozent betragen. Die Teilzeitquote sei in den letzten Jahren stetig gestiegen, vor allem seit Inkrafttreten des Teilzeit- und Befristungsgesetzes im Jahre 2001. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten betrage derzeit 14,47 Stunden.

2002 habe sich der Anteil der Leiharbeitnehmer an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1,22 Prozent belaufen. Der Anteil der befristeten Arbeitsverhältnisse an allen Arbeitsverhältnissen wird für 2002 mit 7,5 Prozent angegeben (6,8 Prozent im alten Bundesgebiet, 11 Prozent in den neuen Ländern). Im Jahre 2002 hätten 62,9 Prozent der Arbeitnehmer in Westdeutschland in Betrieben mit Bindung an einen Verbands Tarifvertrag und 7,1 Prozent in Betrieben mit Firmentarifverträgen gearbeitet. Für Ostdeutschland werden die entsprechenden Anteile mit 42,7 Prozent und 11,8 Prozent angegeben.

Damit seien im Westen 70 Prozent und im Osten 54,5 Prozent (insgesamt 68 Prozent) aller Arbeitnehmer bei tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt. Auch nichttarifgebundene Unternehmen orientierten sich am einschlägigen Tarifvertrag, im Westen etwa 15,5 Prozent und im Osten etwa 23,7 Prozent. Daraus ergibt sich, so die Regierung, dass für die Arbeitsverhältnisse von rund 84 Prozent aller Arbeitnehmer in Deutschland Tarifverträge vollständig und überwiegend maßgebend sind. Wenn man die Gesamtzahl der Mitglieder in Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbänden ins Verhältnis zur Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten setze, ergebe sich für das Jahr 2002 ein Anteil von etwa 27 Prozent. Diese Quote habe vor zehn Jahren noch bei einer Größenordnung von 40 Prozent gelegen, heißt es in der Antwort. Wie die Regierung weiter berichtet, sind zwischen 1949 und dem 1. April 2004 sind in Deutschland mehr als 347.000 Tarifverträge abgeschlossen worden. Davon seien zurzeit knapp 60.000 gültig. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre seien in jedem Jahr rund 7.500 neue Tarifverträge vereinbart worden.

Tarifverträge gebe es für Wirtschaftszweige, in denen etwa 90 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigt sind. Damit habe sich das Tarifverhandlungssystem bewährt. Nur rund 0,8 Prozent aller gülti-

gen Tarifverträge seien derzeit allgemeinverbindlich. Die Regierung überlegt nach eigener Aussage nicht, einen allgemein geltenden, gesetzlichen Mindestlohn einzuführen.

KOPFTUCHVERBOT. Nach Baden-Württemberg hat jetzt auch der Landtag von Niedersachsen mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD gegen die Grünen ein Kopftuchverbot ins Schulgesetz geschrieben. Darin heißt es: „Lehrkräfte dürfen in der Schule keine politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnlichen Bekundungen abgeben, die geeignet sind 1. die Neutralität des Landes gegenüber Schülerinnen und Schülern in Frage zu stellen oder 2. den Schulfrieden zu gefährden oder zu stören. Die Bekundung christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen widerspricht nicht dem Bildungsauftrag der Schule. Wer nicht die Gewähr für die Einhaltung des Satzes 1 in der gesamten voraussichtlichen Dienstzeit bietet, darf weder in den öffentlichen Schuldienst eingestellt werden, noch ein Amt an einer öffentlichen Schule erhalten.“ Der letzte Satz liefert dem Dienstherrn, der eine Prognose über künftiges Verhalten zu stellen hat, Möglichkeiten für jegliche Willkür.

ZUKUNFT DER KULTUR. Die Gewerkschaft ver.di hat ausführliche Thesen zur Enquete-Kommission des Bundestages „Zukunft der Kultur“ vorgelegt. Sie sind im Internet abrufbar. Hier einige Auszüge: „Eine kulturelle Grundversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger ist ebenso Voraussetzung für unsere Gesellschaft wie die Freiheit der Künste unverzichtbare Voraussetzung für einen demokratisch verfassten Staat. Die Krise der öffentlichen Kulturförderung wurde wesentlich herbeigeführt. Kunst und Kultur muss Pflichtaufgabe werden. Privatisierung von kulturellen Einrichtungen ist keine Lösung. Eine Privatisierung öffentlicher Kultureinrichtungen liefert diese schutzlos den mit der weltweiten Deregulierungsstrategien (z.B. GATS-Prozess) verbundenen negativen Folgen aus. Die soziale und wirtschaftliche Lage von Künstlerinnen und Künstlern in der Bundesrepublik ist gemessen am Wohlstand der Gesellschaft und den Durchschnittslöhnen und -gehältern beschämend desolat. Tarifverträge sind ein wichtiger Faktor für Bestand, Qualität und Sicherung der deutschen Kulturlandschaft. Die Einführung eines Künstlergemeinschaftsrechtes (Abgabe für die Verwertung älterer Kunstwerke zur Förderung lebender Künstler, d. Red.) kann neue Möglichkeiten zur Finanzierung von Kunst und Kultur sowie der Verbesserung der Lage von Künstlerinnen und Künstlern erschließen.“

Zusammenstellung: alk

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de

Gemeinsamer Aufruf für die Wahlen zum Europäischen Parlament

Die Europäische Union übt auf das soziale, wirtschaftliche und politische Leben in allen Bereichen entscheidenden Einfluss aus. Jedoch ihr gegenwärtiger Kurs entspricht nicht den Interessen der Mehrheit der Bürger Europas. Daher weisen die Völker die Politik des Sozialabbaus zurück, die verschiedene Regierungen auf nationaler und europäischer Ebene betreiben. Sie lehnen eine Politik ab, die die Marktwirtschaft mit freier Konkurrenz für sakrosankt erklärt, öffentliche Dienstleistungen in Frage stellt, Sozialausgaben kürzt und den Arbeitsmarkt dereguliert.

Denn es sind die Völker, die die Folgen dieser Politik zu tragen haben. Obwohl die Produktivität ständig steigt und die Profite des Großkapitals in die Höhe schnellen, bestimmen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung mehr denn je den Alltag der Menschen in der Europäischen Union. Da sie keine Perspektive sehen, herrscht Zukunftsangst in allen Generationen, greift populistische Demagogie um sich, bleiben die Wähler in Massen den Urnen fern. In der Europäischen Union haben wir heute gegen völlig neue Gefahren zu kämpfen – eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 sind für uns Linke eine Gelegenheit, den Bürgern der Europäischen Union zu zeigen, dass es zur neoliberalen Politik in der EU und in den meisten ihrer Mitgliedstaaten Alternativen gibt.

Unser Ziel ist ein soziales, ökologisches, demokratisches und friedliches Europa, das aktiv für eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt eintritt.

Für diese politischen Werte und Forderungen stehen die Unterzeichner dieses Aufrufs. In ihren Ländern und im Europäischen Parlament setzen sie sich für eine Politik ein, die mit den Dogmen des Ultroliberalismus bricht, die den Widerstand und die Teilhabe der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen und der Bürger zur Triebkraft des sozialen Wandels macht.

Der Entwurf einer Verfassung, die den Neoliberalismus und die Mitgliedschaft in der NATO als einzige Perspektive für die Europäische Union festschreibt, ist das Gegenteil von Veränderung, sozialem Fortschritt und einer neuenfriedensstiftenden Rolle in der Welt, die Europa so dringend braucht. Die Unterzeichner dieses Aufrufs setzen sich mit Nachdruck für einen neuen Verfassungsvertrag ein, der die demokratischen Forderungen nach einem Europa des Friedens und der Solidarität aufnimmt, die in den Gesellschaften unserer Länder immer lauter werden.

Um auf dem Wege zu einem sozialen, ökologischen, demokratischen, einträchtigen und friedlichen Europa voran zu kommen, unterbreiten sie die ihre Vorschläge in den folgenden fünf Bereichen:

I. Garantierte Arbeits- und Ausbildungsplätze, Förderung öffentlicher Dienstleistungen

Da wir heute eine enorme Ausbreitung ungeschützter Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt, wachsende Ausgrenzung und Armut erleben, sind unsere Prioritäten: Vollbeschäftigung in regulären Jobs, garantiertes lebenslanges Lernen, allgemeine Anhebung der Löhne und Gehälter in Einklang mit der Entwicklung der Produktivität und der Inflationsrate, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht

und Ausbildungsplätze für die Jugend.

Auftrag und Zuständigkeit der Europäischen Zentralbank, die zur Zeit ausschließlich auf die Forderungen der Finanzmärkte ausgerichtet ist, sind radikal zu ändern. Sie muss demokratischer öffentlicher Kontrolle unterstellt werden. Eine Wachstumspolitik ist zu fördern, die sich auf sozial nützliche Investitionen und Verbrauch stützt. An die Stelle des ultraliberalen Stabilitätspaktes muss ein Pakt für sozialen Fortschritt und Beschäftigung treten.

Der staatliche Wirtschaftssektor und öffentliche Dienstleistungen sind zu fördern:

Eine Bilanz der bisherigen Privatisierungen und Deregulierungen ist zu ziehen. Die Öffnung dieses Bereichs für den Wettbewerb muss gestoppt werden. Die öffentlichen Dienstleistungen sind weiterzuentwickeln, die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich ist zu verstärken. Die öffentliche Hand muss mehr in Gesundheit, soziale Sicherheit und Bildung investieren.

Eine Neubewertung der Aufgaben des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EU muss zu verbesserten Verbraucher- und Arbeitnehmerrechten führen.

Arbeitnehmer, Abgeordnete und Organisationen der Zivilgesellschaft sollen das Recht erhalten, die Verwendung von öffentlichen Geldern, die Führungstätigkeit von Unternehmen, auch multinationalen Gesellschaften einschließlich deren Kündigungspläne zu kontrollieren. Das ist nur durch mehr Demokratie am Arbeitsplatz, in den Regionen, auf nationaler und europäischer Ebene zu erreichen.

II. Ein Europa der Demokratie und gleicher Rechte ohne jede Diskriminierung

- Die genannten sozialen und wirtschaftlichen Rechte – ob nun in der Charta der Grundrechte enthalten oder nicht – gehören ins Zentrum der Integration Europas, wie wir sie uns wünschen;
- Wir fordern mehr Mitspracherechte und mehr Kontrolle von Entscheidungen auf europäischer Ebene durch das Petitionsrecht und andere Formen demokratischer Teilhabe, durch die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente;
- Angleichung der Sozialgesetze nach oben und Institutionalisierung des Prinzips, dass erreichte Standards nicht unterschritten werden dürfen;
- wirkliche Gleichstellung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen



- Bereichen; Kampf gegen Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung;
- Schutz und Förderung der Rechte von Kindern und Jugendlichen;
 - Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen;
 - Wahrung der Rechte von Einwanderern und Flüchtlingen, insbesondere des Rechts auf Arbeit und des Wahlrechts für Ausländer;
 - Achtung von Minderheitenrechten;
 - Kampf gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Neo-Faschismus, Chauvinismus, Ausländerhass, Nationalismus, Rechtsextremismus und Intoleranz;
 - Achtung der verschiedenen Kulturen und garantierter Zugang zu den Gütern der Kultur für alle.

III. Ein Europa der Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung

- Vorrang für eine Politik wirtschaftlicher Angleichung, die auf sozialem Fortschritt und dem Schutz der Umwelt beruht, die auf wirtschaftliche und soziale Kohäsion zielt;
- Erhöhung des Budgets der EU im Zusammenhang mit ihrer Erweiterung; Verwendung der Mittel für Beschäftigung, Solidarität und nachhaltige Entwicklung;
- Einführung von Mechanismen zur Verhinderung von Betriebsverlagerungen;
- Besteuerung der Finanzmärkte (Tobin-Steuer) und der Maximalprofite;
- Vorrang für Maßnahmen und Investitionen, die dem Umweltschutz, der Lebensmittelsicherheit und der Sicherheit der Meere dienen;
- europäische Gesetze, die verhindern, dass Naturressourcen wie Wasser und Luft als Waren behandelt werden.

IV. Ein unabhängiges Europa, das sich aktiv für Frieden und Solidarität einsetzt

- Entschuldung der Entwicklungsländer und Einsatz von mindestens 0,7% des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe;
- Umorientierung der Politik der Zusammenarbeit auf den Grundsatz der Gleichheit, besonders mit den Ländern des Mittelmeerraumes, Afrikas und Lateinamerikas;
- Bekräftigung einer Politik der Unabhängigkeit von den USA, die die Souveränität der Staaten achtet, für Frieden und Abrüstung in der Welt eintritt, politische Konfliktlösungen einschließt, der UNO und dem Völkerrecht eine größere Rolle zumisst, sich der Präventivkriegsstrategie der US-Administration widersetzt und eine Militarisierung der Europäischen Union – ob innerhalb oder außerhalb der NATO – in jeglicher Form ablehnt;
- Verurteilung des Terrorismus in jeglicher Form, vor allem, wenn er unter Unschuldigen Opfer fordert. Wir sind überzeugt, dass Terrorismus nicht

durch Einschränkung von Freiheiten, Bürger- und Menschenrechten einzudämmen ist, sondern nur durch den Ausbau von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Wir verurteilen Krieg gegen jeglichen Staat unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus;

- Errichtung eines neuen Sicherheitssystems auf der Basis der Zusammenarbeit in Europa, das sich auf eine erneuerte OSZE stützt, hinsichtlich des Verhältnisses zu den Partnern im Mittelmeerraum eng mit der UNO zusammenwirkt und eine Alternative zur NATO darstellt;
- Eintreten für ein Ende der Besatzung im Irak, für den Abzug der ausländischen Truppen und die Übertragung der vollen Souveränität an das irakische Volk;
- Initiativen zur Unterstützung aller Pläne für einen israelisch-palästinensischen Frieden und die Bildung eines lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit Israels und aller Staaten der Region;
- Unterstützung für die Wiedervereinigung Zyperns als Föderation aus zwei Landesteilen und zwei Volksgruppen, die zu Frieden, Stabilität und einer gemeinsamen gedeihlichen Zukunft für alle Zyprioten innerhalb der Europäischen Union führt. Die Unterzeichner dieses Aufrufs betonen, dass es Sache der Zyprioten ist, über den endgültigen Wortlaut des vom UN-Generalsekretär vorgelegten Abkommens zu entscheiden;
- Kampf gegen das Wettrüsten, gegen die Verbreitung und den Besitz solcher Massenvernichtungsmittel wie atomarer, biologischer und chemischer Waffen durch die Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen und die strikte Einhaltung des Atomsperrvertrages auch durch die heutigen Nuklearmächte;

- Kampf gegen die Militarisierung des Weltraums und für Weltmeere, die frei von Atomwaffen sind;
- Reform und Demokratisierung der UNO als wichtiger Raum für internationale Zusammenarbeit;
- Unterstützung des Kampfes der Völker gegen die Politik der bestehenden internationalen Finanz- und Wirtschaftsorgane wie WTO, IWF und Weltbank, für deren radikale Reformierung und Unterstellung unter die Kontrolle der UNO;
- für eine wirksame Anwendung des Kyoto-Protokolls über die Umwelt – obwohl es unvollkommen ist – und der Festlegungen der unter der Schirmherrschaft der UNO durchgeführten Gipfelkonferenzen .

V. Die Orientierung ändern: Ein anderes Europa ist möglich

Die Zeit ist reif für eine gründliche Veränderung der EU, mit der die Bürgerin-

nen und Bürger, nicht die Märkte und die vorherrschenden Kräfte der Wirtschaft, d. h., die Multis und das Finanzkapital – zu den wahren Akteuren und Urhebern einer Politik werden, die in ihrem Namen ausgeübt wird.

Die wachsende Zukunftsangst, der Widerstand gegen den Abbau der von der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften schwer erkämpften sozialen und demokratischen Errungenschaften, die Forderungen nach neuen demokratischen Rechten, die in allen Ländern laut werden – all das ist eine Kampfansage an die Logik des Neoliberalismus, die in der Einheitlichen Europäischen Akte, in den Verträgen von Maastricht und den nachfolgenden Dokumenten festgeschrieben ist.

Ein anderes Europa ist möglich, wenn die Arbeitnehmer, die Völker, die sozialen und Bürgerbewegungen ihre Kämpfe verbreitern und vertiefen, wenn sich überall jene zusammenschließen, die die neoliberalen Politik ablehnen, die gemeinsam für die demokratische Veränderung der Gesellschaft in Europa, für eine Alternative zum Kapitalismus handeln wollen.

Als linke Parteien sind wir Teil dieser Bewegung. Wir wollen innerhalb und außerhalb des Europäischen Parlaments um eine neue Perspektive in Europa und für Europa ringen. Wir wollen ein soziales, ökologisches, demokratisches, einträchtiges und friedliches Europa errichten.

Wir sind für Zusammenarbeit in vielfältigen Formen. Über die hier genannten Verpflichtungen hinaus haben wir uns dazu entschlossen, unsere Kooperation im Europäischen Parlament im Rahmen der Fraktion Vereinigte Europäische Linke / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) auf der Basis des bereits Erreichten fortzusetzen.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs verpflichten sich, für diese Ziele und Orientierungen in jedem einzelnen Land und auf europäischer Ebene durch ihre gewählten Abgeordneten im Europäischen Parlament einzutreten.

Die unterzeichnenden Parteien:

- Kommunistische Partei (Belgien)*
- Partei des Demokratischen Sozialismus (BRD)*
- Französische Kommunistische Partei*
- SYNAPISMOS (Griechenland)*
- Partei der Italienischen Kommunisten*
- Partei der kommunistischen Wiedergebündlung (Italien)*
- Kommunistische Partei Luxemburgs*
- Kommunistische Partei Österreichs*
- Portugiesische Kommunistische Partei*
- Kommunistische Partei der Slowakei*
- Vereinigte Linke (Spanien)*
- Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (Tschechische Republik)*
- Arbeiterpartei (Ungarn)*
- AKEL (Zypern)*

Nicosia, 5. 5. 2004

Vermittlungsverfahren beendet?

So oder so – das Zuwanderungsgesetz ist gescheitert

Die Grünen haben auf Empfehlung von Parteivorstand und Parteirat die Verhandlungen über ein neues Zuwanderungsgesetz am Montag, 3. Mai, beendet. Ihr Vorsitzender Bütikofer erklärte kategorisch, dass eine Fortsetzung der Gespräche mit der CDU/CSU keine Sinn mehr ergebe. Allerdings eröffnete seine Kollegin Beer mit einem Ultimatum an die Unionsparteien, einige ihrer Vorschläge zurückzuziehen als Bedingung weiterer Gespräche, sogleich eine Perspektive zur Fortsetzung der unsäglichen Veranstaltung. Zuvor hatte Schily mit einer Koalitionskrise gedroht. Auch andere SPD-Politiker warnten den Koalitionspartner. Aber auch in der SPD-Bundestagsfraktion gibt es Stimmen, die den Abbruch der Gespräche befürworten.

Der Union ist es gelungen, die SPD und die Grünen weit vor sich herzutreiben. Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf war den Vorstellungen der CDU/CSU schon weitestgehend angepasst, und trotzdem forderte diese fast täglich neue Verschärfungen. Zuletzt hatte Schily der Forderung nach Vereinfachung der Abschiebung „potenzieller Terroristen“ nachgegeben und einen Vorschlag zur Umsetzung gemacht, wonach der Bundesinnenminister künftig die Möglichkeit haben soll, die Ausweisung auf Grund einer „tatsachengestützten Gefahrenprognose“ anzurufen. Für die rechtliche Überprüfung solle als einzige Instanz das Bundesverwaltungsgericht zuständig sein. Und falls Abschiebung nicht möglich sei, solle die Bewegungsfreiheit z.B. durch Meldeauflagen der Betroffenen eingeschränkt werden. Gegenüber der Forderung der CDU/CSU, auch den Landesinnenministern eine Ausweisungsbefugnis zu erteilen, zeigte Schily „Kompromissbereitschaft“. Aber das geht der Union immer noch nicht weit genug. Sie bestand in den Verhandlungen bei Abschiebehindernissen für „gefährliche Ausländer“ auf Sicherheitshaft bis zu zwei Jahren und damit auf einer Ausweitung und Verschärfung der Sondergesetzgebung für Menschen ohne deutschen Pass, die das bisherige Rechtssystem in Frage stellt. Auch in dieser Frage hat Schily fast alle Hemmungen abgelehnt und einer Sicherheitshaft „im Extremfall“ prinzipiell zugestimmt. Sein einziger Einwand: Das sei im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes nicht durchsetzungsfähig.

Schon vor dem (vorläufigen?) Scheitern der Gespräche am letzten Wochenende hatten Pro Asyl und der Interkulturelle Rat gefordert, das Vermittlungsverfahren zu beenden. Wir dokumentie-

ren ihre gemeinsame Stellungnahme vom 29. April. (Red.)

Das Zuwanderungsgesetz ist inhaltlich gescheitert – es gibt Alternativen!

PRO ASYL und der Interkulturelle Rat in Deutschland fordern die Regierungskoalition zum Abbruch der Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz auf. Die ursprünglichen Ziele

- Einwanderung ermöglichen, Integration fördern und Flüchtlinge schützen – werden nicht erreicht. Ein gesellschaftlich notwendiges Reformprojekt ist inhaltlich gescheitert.
- Statt Einwanderung zu gestalten, bleibt es bei der Abkapselung Deutschlands: Das Punktesystem als arbeitsmarktunabhängiges und zukunftsorientiertes Steuerungsinstrument der Zuwanderung wird aufgegeben. Der generelle Anwerbestopp von 1973 soll bestehen bleiben.
- Die Integration bleibt ein weitgehend unbestelltes Feld. Nach den nun bekannt gewordenen Formulierungen werden Forderungen von Teilen der CDU/CSU übernommen. Der Rechtsanspruch auf Integrationsmaßnahmen soll fallen gelassen werden. Die Ausländerbehörden können die Integrationskurse als Sanktionsinstrument gegenüber missliebigen Flüchtlingen und Migranten benutzen.
- Der desaströse Zustand der Kettenduldung wird nicht beendet. Eine Bleiberechtsregelung für langjährig in Deutschland geduldete Flüchtlinge fehlt.
- Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung werden zentrale rechtsstaatliche und menschenrechtliche Standards zur Disposition gestellt. Die positiv zu bewertende Anerkennung von nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung im Zuwanderungsgesetz ist bereits auf europäischer Ebene erreicht worden. Die entsprechende EU-Richtlinie vom März 2004 muss ohnehin in nationales Recht umgesetzt werden. Ein Zuwanderungsgesetz ist hierfür nicht erforderlich.

Von den weiteren Verhandlungen sind keine positiven Impulse mehr zu erwarten. PRO ASYL und Interkultureller Rat fordern, die Verhandlungen abzubrechen. Die Bundesregierung kann statt des zustimmungspflichtigen Zuwanderungsgesetzes wesentliche Reformen im Ausländer- und Asylrecht ohne die Zustimmung des Bundesrates beschließen:

Die rot-grüne Regierungsmehrheit kann für eine Liberalisierung des Nachrangigkeitsprinzips auf dem Arbeitsmarkt sorgen und die Möglichkeiten der Erteilung einer Arbeitserlaubnis ausweiten. Ausländischen Studierenden, die an deutschen Hochschulen studiert haben, kann nach dem Studium die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme erleichtert werden.

Die Regierung kann die deutschen Vor-

behalte zur UN-Kinderrechtskonvention zurückziehen und die Situation hier lebender minderjähriger Flüchtlinge verbessern. Sie kann geduldeten Flüchtlingen den Wechsel in einen gesicherten Aufenthaltsstatus erleichtern und eine Härtetfallregelung beschließen.

Die Bundesregierung kann und muss ohne weiteren Verzug ein wirkungsvolles Anti-Diskriminierungsgesetz verabschieden. Durch Erhöhung des entsprechenden Haushaltstitels kann sie ihre Anstrengungen im Integrationsbereich verstärken.

gez. Günter Burkhardt, PRO ASYL

gez. Torsten Jäger, Interkultureller Rat in Deutschland

Die Stellungnahme von PRO ASYL und Interkulturellem Rat steht im Volltext auf den Homepages der Organisationen <http://www.proasyl.de> und <http://www.interkultureller-rat.de>

EU beschließt Asylverfahrensrichtlinie

Flüchtlingsschutz demonstriert

Am 29. April haben die EU-Innenminister die Asylverfahrensrichtlinie politisch beschlossen. Sie beinhaltet Drittstaatenregelungen, die die Fundamente jeglichen Flüchtlingsschutzes aushebeln. Pro Asyl bezeichnet den Beschluss der Innenminister als „größte[n] anzunehmende[n] Unfall des europäischen Asylrechts“ und fordert insbesondere von den Grünen, aber auch von Politikerinnen und Politikern anderer Parteien, alles dafür zu tun, dass diese Richtlinie formell nicht angenommen wird.

Wir dokumentieren eine Stellungnahme von Pro Asyl vom Tag der Innenministerkonferenz, in der die treibende Rolle der BRD bei der Demontage des europäischen Systems des Flüchtlingschutzes aufgezeigt und der Kritik unterzogen wird.

Schilys Mission erfüllt: bessere Asylstandards verhindert

PRO ASYL: katastrophale Bilanz – Harmonisierungsprozess gescheitert

Bundesinnenminister Otto Schily hat seine Mission erfüllt. In den fünfjährigen Verhandlungen auf EU-Ebene verhinderte er nicht nur nachhaltig bessere Asylstandards, sondern forcierte maßgeblich den kollektiven Ausstieg aus dem internationalen Flüchtlingsschutz. Anlässlich des letzten Innenministertreffens vor der Erweiterung der Europäischen Union in Luxemburg zieht PRO ASYL Bilanz: Der Zustand des europäischen Asylrechts ist katastrophal. Der Harmonisierungsprozess ist gescheitert. Statt ein europäisches Asylrecht zu kreieren, haben die EU-Innenminister die Schutzstandards in den Keller gefahren. Die Hauptverantwortung für diese dramatische Entwicklung liegt bei der rot-grünen Regierung in Berlin.

Seit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages im Mai 1999 gibt es unterm Strich weniger Flüchtlingsschutz in der EU. Die letzten fünf Jahre waren gekennzeichnet von einem beschleunigten Wettlauf der Restriktionen. In nahezu allen EU-Staaten fanden grundlegende Verschärfungen des Asylrechts statt. Lager und Abschiebungshaftanstalten schießen europaweit wie Pilze aus dem Boden. Obdachlose oder gar inhaftierte Asylsuchende gehören mittlerweile zum europäischen Alltag.

Die zeitgleich beschlossenen EU-Maßnahmen stoppen diesen innereuropäischen Abschreckungswettbewerb nicht, sondern werden diesen noch weiter verschärfen.

Im Kreise der Blockierer und Verhinderer eines gemeinsamen europäischen Asylsystems nimmt Deutschland Platz eins ein. Bundesinnenminister Otto Schily nutzte seine Vetomöglichkeit weidlich und unverantwortlich, um anvisierte höhere europäische Standards auf das deutsche Niveau abzusenken (siehe An-

noch immer an der Tagesordnung und internationale Flüchtlingsrechtsstandards nicht vorhanden sind.

Genau zu dem Zeitpunkt, zu dem die bestehende deutsche Drittstaatenregelung keine praktische Bedeutung mehr hat, setzt Deutschland alles daran, dem Staatenverbund aus 25 Mitgliedern diese völkerrechtswidrige Praxis aufzunötigen.

Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen aus ganz Europa fordern, dass diese Richtlinie nicht beschlossen wird. Gelingt es, das „deutsche Modell“ in den Verhandlungen durchzusetzen, werden die neuen Mitgliedsstaaten umgehend ihre nationalen Bestimmungen anpassen. Die Nachbarregionen der EU folgen über kurz oder lang. Dieser Dominoeffekt gefährdet das existierende internationale Flüchtlingsschutzsystem. Flüchtlinge könnten von Land zu Land durchgereicht werden – es drohen gar die Kettenabschiebungen bis ins Verfolgerland.

Anlage: Deutsches Sündenregister – Restriktionen als Exportartikel (Auszüge)

Den Kommissionsvorschlag zu Asylverfahren bekämpfte Deutschland so nachhaltig, dass er völlig überarbeitet werden musste. Bereits mit dem zweiten Entwurf vom Juli 2002 fand eine deutliche Akzentverschiebung in Richtung einer größeren Abschreckung von Asylsuchenden statt.

Die Bundesregierung blockierte monatelang – gegen alle anderen EU-Mitgliedstaaten – die Verabschiedung der Richtlinie zum Flüchtlingsbegriff mit dem Hinweis: Erst das deutsche Zuwanderungsgesetz – Europa muss warten. Damit am 30. März 2004 doch noch das Fundament eines europäischen Asylrechts gelegt werden konnte, erfuhr die Richtlinie weitere Verwässerungen, um zahlreiche deutschen Vorbehalte auszuräumen.



Festung Europa – Die Karawane der Flüchtlinge in Hamburg

lage: Restriktionen als Exportartikel).

Heute droht die politische Einigung über die so genannte Asylverfahrensrichtlinie. Diese Bezeichnung ist ein Etikettenschwindel. Das Ergebnis ist eine Asylverweigerungsrichtlinie.

Die Bundesregierung will auf Biegen und Brechen die deutsche Drittstaatenregelung auf die EU-Ebene exportieren. Asylsuchende könnten demnach europaweit von Grenzbeamten ohne Einzelfallprüfung in neue „sichere Drittstaaten“ zurückgewiesen werden. Die potenziellen künftigen „sicheren Drittstaaten“ hießen dann Russland, Weißrussland, Ukraine, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Kroatien, Mazedonien, Albanien und Türkei – Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen



Deutschland sorgte dafür, dass die Rechte von Flüchtlingen, denen menschenrechtlicher bzw. ergänzender Schutz gewährt wird, massiv herabgestuft wurden. Aus verbindlichen Mindeststandards wurden Kann-Bestimmungen. Es ist möglich, dieser Flüchtlingsgruppe nur soziale und medizinische „Kernleistungen“ zu gewähren und den Zugang zum Arbeitsmarkt einzuschränken. Integrationsleistungen werden nur noch angeboten, wenn es die Nationalstaaten als „sinnvoll“ erachten. Darüber hinaus können den Familienmitgliedern solcher Flüchtlinge ein geringerer Status und weniger soziale Rechte zugestanden werden.

Die anvisierten hohen europäischen Schutzstandards für Flüchtlingskinder erfuhren in der Aufnahmerichtlinie einschneidende Einschränkungen. Unbegleitete Minderjährige können bereits ab 16 Jahren in Lagern zusammen mit erwachsenen Asylsuchenden untergebracht werden. Im Entwurf der Asylverfahrensrichtlinie schraubte Deutschland den europäischen Standard bei der so genannten Verfahrensmündigkeit von 18 auf 16 Jahren herunter. Die kinderfeindliche deutsche Praxis entwickelt sich vermutlich via EU-Richtlinien zum Exportschlager in die anderen 24 EU-Staaten.

Deutschland setzte in der Aufnahmerichtlinie ihre EU-weit einzigartige Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Asylsuchende (die sogenannte Residenzpflicht) als Kann-Bestimmung durch. Deutschland verhinderte, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende auf der europäischen Ebene geregelt wurde. Der Bundeskanzler schaltete sich dafür höchstpersönlich ein – obwohl dieser Bereich eindeutig in EU-Kompetenz fällt und obwohl die Bundesrepublik bereits bei der politischen Einigung im April 2002 zugestimmt hatte. Großbritannien nutzte die monatelange bundesdeutsche Blockadepolitik als Vorlage und verhandelte eine weitere Verschärfung in die bereits beschlossene Richtlinie: Künftig können allen Asylsuchenden, die nicht „unverzüglich“ einen Antrag stellen, Sozialleistungen völlig verweigert werden.

Deutschland filetierte gemeinsam mit Österreich die Richtlinie zur Familienzusammenführung, bis die angenommene Fassung nichts mehr mit dem ursprünglichen Ansatz der Kommission gemein hatte. Die Richtlinie beinhaltet auf deutsches Drängen hin eine Ausnahmeverordnung, die eine Herabsetzung des Nachzugsalters bei Migrantenkindern von 18 auf 12 Jahre ermöglicht. Unter anderem dieser Passus stieß auf große Empörung im Europaparlament. Am 11. Dezember 2003 entschied es deshalb, die Richtlinie dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vorzulegen, um sie annullieren zu lassen.

Eine Aufzählung, die sich beliebig fortsetzen lässt.

Aber leider kaum Aussicht auf Rücknahme der Hartz-Gesetze

Gleich drei Kräfte hat Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement zur Zeit bei der Durchsetzung der berüchtigten Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum neuen „Arbeitslosengeld II“ auszutragen.

Erstens gibt es immer noch Streit mit der CDU/CSU, die unter ihrem Wortführer, Hessens Ministerpräsident Koch, die Betreuung von Langzeitarbeitslosen am liebsten ganz in die Hände der Kommunen gelegt hätte. Kochs Absicht dabei ist freilich nicht, die Arbeitslosen besser zu betreuen und in bessere Jobs zu vermitteln. Er will sie in noch schmutziger Zwangsarbeid und Billigjobs drücken. Das „Modell Wisconsin“, benannt nach dem US-Bundesstaat, der alle Hilfe für Arbeitslose eingestellt hatte, wenn sie nicht zu jedem Billigjob bereit sind, bestimmt immer noch seine Politik.

In den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hatte Koch nur ein „Optionsmodell“ durchsetzen können, nach dem es Kommunen freigestellt werden sollte, die Betreuung der Langzeitarbeitslosen auf Wunsch zu übernehmen. Wie diese „Option“ verwaltungstechnisch geregelt ist, sollte ein „Kommunales Optionsgesetz“ klären, das bis April 2004 verabschiedet sein sollte.

Davon kann nun keine mehr Rede sein. Am 29. April verabschiedeten zwar SPD und Grüne im Bundestag eine entsprechende Vorlage. CDU/CSU und FDP kündigten aber an, sie würden die Vorlage im Bundesrat als „zu bürokratisch“ wieder stoppen. Damit steht Clement ein neues Vermittlungsverfahren ins Haus.

Die Regierungsparteien haben in ihrem Gesetz u.a. vorgeschrieben, dass Kommunen, die Langzeitarbeitslose betreuen und in neue Jobs vermitteln wollen, das für eine Dauer von mindestens fünf Jahren übernehmen müssen. Das ist Koch und Konsorten entschieden zu lang – zumal den betroffenen Bürgermeistern dann droht, dass ihnen Misserfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei den nächsten Wahlen angekreidet werden. Koch möchte lieber eine kurzfristige Schönwetteroption – damit sich Kommunen, bei denen irgendwelche Jobs zu irgendwelchen Zeiten auch real angeboten werden, mit „Vermittelnerfolgen“ schmücken können.

Solche kurzfristigen Schönwetter-Regelungen sind aber schon aus Verwaltungsgründen schwierig und teuer. Zudem will sich die Bundesregierung ebenso wie die Bundesagentur nicht nur Rückschläge auf dem Arbeitsmarkt anlasten lassen, sondern auch Erfolge einheimsen. Deshalb will die Bundesregie-



rung die Option nur in der – für die Kommunen riskanten – Langzeitversion erlauben.

Was bei diesem Streit im Vermittlungsverfahren herauskommen wird, ist im Augenblick völlig offen. Zumal Koch zu den Leuten im Unionslagern gehört, die die Bundesregierung ohnehin durch eine Totalblockade zum Rücktritt zwingen wollen. Am 14. Mai berät der Bundesrat, dann beginnt das Vermittlungsverfahren.

Zweiter Streitpunkt ist die von der Bundesregierung versprochene Entlastung der Kommunen durch das neue ALG II. Die Regierung behauptet, die Kommunen würden dadurch, dass die Bundesagentur ab 1.1.2005 die Zahlungen und die Betreuung von etwa 2 Millionen erwerbsfähigen Sozialhilfe-Empfängern übernimmt, um etwa 2,5 Milliarden Euro entlastet. Die Kommunen bestreiten das. Ihnen ist aufgefallen, dass ihre Wohngeldzahlungen in die Höhe schnellen. Mit der geplanten Einführung des ALG II wird sich das noch weiter beschleunigen. Also fürchten sie Kommunen einen massiven Anstieg ihrer Kosten, der alle „Einsparungen“ bei der Sozialhilfe zunichte macht. Deshalb wollen sie mehr Geld.

Den Arbeitslosen hilft dieser Streit nicht. Wenn die Kommunen gegen die Verarmung von Menschen durch die Agenda 2010 Front machen würden, wäre die Lage anders. So aber streiten sie nur mit dem Bund über die Folgekosten. Kein Wunder, dass Clement eine Einigungsmöglichkeit sieht. Eine Kommission von Regierung und Kommunen soll noch mal „nachrechnen“, dann sollen die Kommunen noch Geld vom Bund erhalten – wie und auf welchem Weg, bleibt abzuwarten. An der hunderttausendfachen Verarmung von Menschen in diesem Land ändert sich dadurch nichts.

Dritter Streitpunkt sind die Ressourcen und Zeitpläne der Agentur für Arbeit. Die muss nämlich ab 1. Juni beginnen, die Daten von etwa 3,0 Millionen Sozialhilfeempfänger in ihre Rechner einzugeben. Allein der Verwaltungs-

aufwand für die Übernahme dieser Daten von den Kommunen ist enorm. Schon im Vermittlungsverfahren hatte die Agentur deshalb gebeten, das Inkrafttreten der Neuregelung zu verschieben – und eine Verschiebung von Hartz IV auf den 1.1.2005 erreicht. Nun scheint selbst dieser Termin kaum noch zu schaffen. Am 26. April war Clement deshalb beim Vorstand der Bundesagentur in Nürnberg. Danach hieß es, er habe sich mit BA-Chef Weise geeinigt. Der Termin für das Inkrafttreten von Hartz IV bleibe unverändert. Die Agentur werde aber das Inkrafttreten anderer Neuregelungen verschieben. Nach Presseberichten soll z.B. die Einrichtung von „Jobcentern“ verschoben werden. Auch der angestrebte „Betreuungsschlüssel“ von 75 Arbeitslosen auf jeden BA-Betreuer – vor Monaten noch als große Verbesserung für die Arbeitslosen gepriesen – scheint nicht mehr realisierbar. Nun ist in der Presse von einem Schlüssel von 150 Arbeitslosen je BA-Betreuer die Rede. Nur bei Jugendlichen soll die Quote von 75 Arbeitslosen je BA-Betreuer eingehalten werden. Selbst von Neueinstellungen bei der BA ist die Rede, um die Dateneingabe bis Jahresende zu schaffen.

Die Drängen von Clement hat einen einfachen Grund. Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II führt nämlich nach den Planungen der Bundesregierung dazu, dass etwa 800.000 sogenannte „Langzeitarbeitslose“ – also Menschen, die ihren Arbeitslosengeldanspruch von in der Regel 12 Monaten „verbraucht“ haben und in bisher in Arbeitslosenhilfe fallen – wegen der neuen, künftig geltenden noch härteren „Bedürftigkeitsprüfungen“ jeden Anspruch auf Zahlung von ALG II verlieren. Betroffen sind fast durchweg Frauen, deren Partner (noch) mehr verdient, als der Familie nach Sozialhilfestandards zustehten würde. Wo immer das der Fall ist, wird ab 1.1.2005 der Antrag auf Arbeitslosengeld II abgelehnt.

Das bringt der Regierung nicht nur Einsparungen im Etat (der Zuschuss für die Bundesagentur sinkt), sondern auch eine bessere Arbeitslosenstatistik. Die Regierung geht nämlich fest davon aus, dass die Betroffenen sehr schnell auch darauf verzichten werden, sich überhaupt noch bei der Bundesagentur zu melden. Wer sich aber nicht mehr meldet, fällt aus der Arbeitslosenstatistik. So sinkt ab 1.1.2005 nicht nur der Zuschuss des Bundes an die Agentur für Arbeit, sondern auch die offizielle Arbeitslosigkeit. Beide „Erfolge“ will Clement unbedingt einheimsen.

Selbst das Gerede von der angeblich „besseren Betreuung“ der Arbeitslosen hört jetzt auf. Übrig bleibt nur Verarmung. Deutlicher kann diese Regierung ihre Prioritäten nicht machen. rül

Quellen: Bundestagsdrucksache 15/2816 („Optionsgesetz“), Handelsblatt, 27.4., 29.4. und 30.4.2004

Verbrecherische Kriegsführung

Die ersten Veröffentlichungen Grauen erregender Bilder, die Folter an irakischen Gefangenen belegen, haben eine solche Lawine weiterer Enthüllungen ausgelöst, dass alle Erklärungsversuche, es handele sich um „Einzelfälle“, widerlegt sind. Den US-Behörden gelingt es nicht länger, die an die Öffentlichkeit drängenden Berichte zu unterdrücken.

Menschenrechtsorganisationen warnen schon lange, dass die US-Armee systematisch irakische Gefangene quält und misshandelt. Dem US-Verteidigungsministerium lagen spätestens im Herbst 2003 detaillierte Berichte über Misshandlungen von Häftlingen vor; die Ergebnisse einer damals eingeleiteten Untersuchung werden unter Verschluss gehalten. Im Februar 2004 verfasste US-Generalmajor Taguba einen nicht für die Öffentlichkeit bestimmten, jetzt aber bekannt gewordenen Bericht über Folterungen im Gefängnis Abu Graib. Darin werden aufgelistet: das Zerbrechen von chemischen Leuchtstäben auf Gefangenen mit Freisetzung der Chemikalien, das Abspritzen nackter Gefangener mit Wasser, das Schlagen von Gefangenen mit Besenstielern und Stühlen, die Bedrohung von Gefangenen mit Vergewaltigung, das Schleudern von Gefangenen gegen Wände und nachheriges Aufstechen von Wunden durch die Militärpolizei, der Missbrauch von Gefangenen mit chemischen Leuchtstäben und Besenstielern und die Einschüchterung der Gefangenen mit Kampfhunden. Weitere schriftliche Berichte zeigen, dass Gefangene oft tagelang nackt in Isolationszellen ohne fließendes Wasser und Toilette, ohne Ventilation oder Fenster gehalten wurden und andere zu Tode gefoltert wurden. Die im Internet veröffentlichten Bilder lassen auch auf die Verwendung elektrischer Ströme bei der Folter von Gefangenen schließen. Als Söldner angeheuerte Beschäftigte privater „Sicherheitsfirmen“ vergewaltigten im Gefängnis Abu Graib inhaftierte Frauen.

Die Ermittlungen, die auf den Fotos dokumentierten Verbrechen im März schließlich auslösten, führten zu sieben „Ermahnungen“ (!); in drei Fällen wurden Strafverfahren eingeleitet, in drei weiteren Fällen weitere Ermittlungen. Jetzt, nach Bekanntwerden, fordert Bush seinen Verteidigungsminister auf, an Misshandlungen beteiligte Soldaten

„hart zu bestrafen“. Damit versucht er indes nur, die Verantwortung für die Folter auf einzelne Soldaten abzuwälzen. Am Ende kommen dann vielleicht einige niedere Dienstgrade ins Gefängnis, einige Offiziere werden pensioniert – und das System der Folter existiert weiter.

Denn dass es sich um ein System handelt, um einen integralen Bestandteil der Kriegsführung der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan und in Irak, und nicht um Verrohung von Soldaten als nahezu unvermeidliche Begleiterscheinung von Kriegen, ist kaum noch zu übersehen. Man erinnere sich an die Bilder verschleppter Gefangener aus Afghanistan, die nach Guantanamo abtransportiert wurden, die Folter und grobe Verstöße gegen die Genfer Konvention dokumentierten (siehe Bild). Die totale Entrechtung, grausame Isolation, Demütigungen, die als „verschärfte Verhörmethode“ kaum getarnte Folter an den Guantanamo-Gefangenen, die Inhaftierung von Kindern – all das ist bekannt und kann jeder wissen, der es wissen will.



Britische Offiziere¹ haben kürzlich das Vorgehen der US-Armee im Irak kritisiert², die die Iraker generell als Menschen zweiter Klasse behandelt. Wörtlich: „They view them as undermen-schen“ – sie betrachten sie als Untermenschen. Gewalt gegen Zivilisten – so werden amnesty international zufolge unbewaffnete Menschen bei Demonstrationen oder an Kontrollpunkten oder bei der Erstürmung von Häusern getötet –, willkürliche Verhaftungen, Schläge und andere Misshandlungen Gefangener, monatelanges Wegsperrn sind an der Tagesordnung. Als Massenerscheinungen sind sie nicht zuletzt Konsequenz aus der Schurkenstaaten-Propaganda, die den Krieg gegen Afghanistan und Irak legitimieren soll. Auch für die Iraker, die die US-Armee und ihre Verbündeten als Befreier begrüßt haben mögen, wird das auf Verletzung allen internationalen Rechts gründende Besatzungsregime von Tag zu Tag unerträglicher.

Nicht nur in den USA ist die Friedensbewegung gefordert

In den USA wendet sich die öffentliche Meinung zunehmend gegen den Irak-

Krieg. In Meinungsumfragen sind nur noch 33% der Befragten der Auffassung, der Krieg im Irak sei seine Opfer wert. Allein im April sind 139 US-Soldaten ums Leben gekommen. In Falludscha hat die drückende Übermacht der Besatzer die Aufstände nicht beenden können. Jetzt zogen die US-Truppen aus der vier Wochen lang belagerten Stadt ab und haben einem irakischen General, einem früheren General der Republikanischen Garden, die Militärgewalt und den Auftrag zur Befriedung übertragen – der Abzug wurde nicht nur von den Aufständischen als Sieg über die USA gefeiert. Die horrenden Kriegskosten von 4 Mrd. \$ wöchentlich³ haben für die öffentlichen Haushalte auf Bundes-, Bundesstaaten- und Kommunalebene verheerende Folgen. Auf diesem Hintergrund ruft die US-Friedensbewegung dazu auf, den ganzen Mai über Aktionen durchzuführen und den Druck auf den Kongress zu erhöhen, um den Rückzug der Truppen zu erreichen.

Bush aber will die Besatzungssarmee im Irak weiter verstärken und hält außerdem an dem Ziel fest, die Nato zum Irak-Einsatz zu bewegen. Während inzwischen selbst einige der hartgesotsten Konservativen wie z.B. der einflussreiche Publizist Charles Krauthammer, vor Jahresfrist noch begeisterter Kriegsbefürworter, für raschen Rückzug eintreten, erhält Bush Unterstützung durch den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Kerry. Der sprach sich jetzt in der Washington Post sowohl für mehr US-Truppen und für den Nato-Einsatz aus.

Die Verantwortlichen in der BRD müssen sich darüber im Klaren sein, dass sie mit jeder Maßnahme, die die Kriegsführung der USA im Irak entlastet oder begünstigt, selbst in den schmutzigen Krieg verstrickt sind. Dazu gehört jede Art logistischer Unterstützung, die Übernahme der Bosnien-„Mission“ durch die EU oder die Aufstockung deutscher Truppen in Afghanistan. Ganz zu schweigen von der Zustimmung zum Nato-Einsatz im Irak, die bisher kein Verantwortlicher ausgeschlossen hat. Die Forderung nach sofortiger Beendigung jedweder Unterstützung ist aktueller denn je.

scc

1 Auch die britische Armee scheint an Folterungen beteiligt, auch wenn, anders als im Fall der Folter in Abu Graib, die Echtheit der einschlägigen Fotos derzeit noch nicht feststeht. Erwiesen ist, dass die britische Armee im Kampf gegen die IRA systematisch folterte. Nicht vergessen sind auch die Berichte, denen zufolge zahlreiche argentinische Soldaten, die die britische Armee im Krieg um die Falkland-Inseln gefangen nahm, schwere Verletzungen durch Misshandlungen aufwiesen, z.B. durch Kolbenschläge und Vergewaltigungen.

2 US tactics condemned by British officers, Telegraph, 11.4.04, <http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=%2Fnews%2F2004%2F04%2F11%2Fwtact11.xml>

3 NZZ online, 2. Mai. Andere Quellen sprechen von 4 Mrd. monatlich.



In Teheran fand am 1. Mai eine große Demonstration statt, die sich u.a. gegen Massenentlassungen in der Textilindustrie, gegen Privatisierung, gegen Arbeitslosigkeit und Armut richtete.

Bilder: Sajad Safari

EU übernimmt Ende 2004 das Kommando in Bosnien

EU und Nato haben sich auf die Modalitäten der Übergabe der Sfor-Mission geeinigt. Im Dezember übernimmt die EU das Kommando. Aus Sfor wird dann Eufor. Die EU richtet dazu ein eigenes Hauptquartier innerhalb des Nato-Hauptquartiers ein, damit wird schneller als vereinbart eine „europäische Zelle“ in der Nato geschaffen. Die militärische und politische Verantwortung für die nach Mazedonien und Kongo dritte EU-Militärmmission liegt aber ausschließlich bei der EU, allerdings müsse, so verlautbart, noch „größere Klarheit“ in der Abgrenzung des Eufor-Kommandanten in Sarajevo und der verbleibenden Nato-Vertretung, die 300 Soldaten stark sein wird, geschaffen werden. Das Oberkommando geht an einen britischen General. Die BR Deutschland will dem Vernehmen nach mit 1800 das größte Kontingent der ca. 7000 Soldaten stellen. (Quelle: ddp)

Polen: „Zum Rückzug blasen!“

In Polen werden Forderungen nach dem Rückzug der polnischen Soldaten aus dem Irak lauter. Der frühere Verteidigungsminister und heutige Politiker der oppositionellen Partei Bürgerplattform, Komorowski, sagte in einem Interview, dass „wir über den Rückzug polnischer Soldaten aus dem Irak oder zumindest über die Reduzierung ihrer Zahl und ihres Engagements nachdenken sollten“. „Poland go Home“ scheint zu einer der Hauptparolen der Opposition bei den herannahenden Parlamentswahlen zu werden. Bemerkenswert ist auch, dass Militärs und Politiker nicht müde werden zu betonen, dass es zwischen den polnischen und US-Kommandeuren erhebliche Differenzen bezüglich der Taktik gegenüber den Irakern gebe. So haben sich die polnischen Truppen bei Beginn der schiitischen Aufstände aus den Städten zurückgezogen und selbst nur geschossen, wenn sie unmittelbar angegriffen wurden. Immer lauter kritisiert wird auch, dass die USA entgegen den Verein-

barungen nicht für die Stationierungskosten der polnischen Besatzungstruppen aufkommen. (Quelle: Wirtualna Polska, DW)

Vanunu nach 18 Jahren Gefängnis frei



Nach Ablauf seiner 18-jährigen Haft, darunter 12 lange Jahren in strenger Einzelhaft mit nur sporadischem Besuch durch seinen Anwalt oder seine Familie, ist Mordechai Vanunu aus dem Gefängnis entlassen. 1986 hatte Vanunu, der in der israelischen Atomanlage in Dimona arbeitete, der Londoner Zeitung Sunday Times Bilder und Fakten über Israels geheime Atomwaffen geliefert. In selben Jahr wurde er nach Rom gelockt und dort entführt und heimlich nach Israel transportiert, wo er wegen „Hochverrat“ und „Spionage“ zu 18 Jahren verurteilt wurde. Obwohl Vanunu jeden einzelnen Tag seiner Strafe abgesessen hat, wird er auch nach seiner Entlassung strengen Auflagen unterworfen. So darf er Israel nicht verlassen und muss sich jeden Kontakt zu Ausländern genehmigen lassen. Es war zuvor sogar öffentlich erörtert worden, ihn als „Sicherheitsrisiko“ in Administrativhaft zu halten. Man behauptet, Vanunu könne weiterhin bisher noch nicht preisgegebene Geheimnisse über Israels Atomwaffenprogramm veröffentlichen. Vanunu will gegen die Einschränkung seiner Freiheit klagen. Er erklärte bei seiner Entlassung, dass er stolz und glücklich sei, das getan zu haben, was er getan habe. „Ihr habt es nicht geschafft, mich zu zerbrechen.“ Etliche Sympathisanten empfingen ihn vor dem Gefängnis, die britische Schauspielerin Suzanne York

erklärte, Vanunu habe großen Mut bewiesen: „Seine Wahrheit ist, ... dass Menschlichkeit wichtiger ist als Staatslichkeit.“ Rechtsgerichtete Demonstranten forderten in Sprechchören „Tod für Vanunu“.

Studentenproteste in Südafrika

Die Studenten der Wit-Universität in Johannesburg sind in Aufruhr. Die Universitäts-Administration hat beschlossen, die finanzielle Unterstützung für bedürftige Studenten zu halbieren. Die Entscheidung wird damit begründet, dass die Zusammensetzung der Studenschaft zunehmend den Realitäten der Gesellschaft entsprechen müsse und dass die Studenten heutzutage zu privilegiert seien. Deshalb sollten sie für Diversifikation ihres Einkommens sorgen. Tatsächlich treffen die Kürzungen gerade die bedürftigen Studenten, die keine anderen Einkommensquellen haben. Gegen die Kürzungen finden seit Tagen spontane Demonstrationen statt. Die Universitätsleitung beorderte Polizei in die Universitäten, die zwölf Studenten verhaftet. Zahlreiche Dozenten forderten in einem Brief an den Vizekanzler der Universität, den unverzüglichen Abzug der Polizei vom Campus sicherzustellen und sicherzustellen, dass die Studenten nicht provoziert oder verletzt würden. Die Anwesenheit der Polizei tragen zur Eskalation und nicht zur Lösung des Konfliktes bei. (Quelle: Indymedia Südafrika)

Zusammenstellung: scc



BERLIN. Am 24. und 27. April 2004 fanden in Berlin und Hamburg Demonstrationen statt, die sich gegen die Diktatur in Togo, gegen die guten Beziehungen Deutschlands mit dieser Diktatur und die drohende Abschiebung von togoischen Flüchtlingen wandten. Die Ausländerbehörde Berlin hat z.B. einen bundesweiten Großcharter (Abschiebeflug) nach Togo in der 20. Kalenderwoche (10.–16. Mai) angekündigt. Im Jahr 2004 jährt sich zum 120. Mal die Afrika-Konferenz, zu der Reichskanzler Bismarck am 15. November 1884 nach Berlin eingeladen hatte. Die deutsche Kolonialgeschichte wird zwar mittlerweile gern und schuldbewußt erwähnt, aber selten mit der heutigen Situation in Afrika, den Beziehungen Deutschlands zu afrikanischen Staaten oder der Situation der Flüchtlinge in Europa oder Afrika in Verbindung gebracht. Deshalb führte die Demonstration am 24.4. in Berlin auch durch das Afrikanische Viertel, um an verschiedenen Stellen Gedenktafeln anbringen, um neben den deutlichen Verweisen auf die deutsche Kolonialgeschichte in Straßennamen und im Namen der Kleingartensiedlung „Dauerkolonie TOGO e.V.“ auch seiner Opfer zu gedenken (siehe Bild). Am 13.5.04 wird eine Demonstration in Bremen an die blutige Niederschlagung des Herero-Aufstands 1904 im damaligen Deutsch-Südwestafrika erinnern und die Forderungen des Herero-Volkes nach einer Entschuldigung und Entschädigung unterstützen. www.africa-anticolonial.org



www.mai-steine.de – Bild: www.umbroch-bildarchiv.de

Erzieherinnen demonstrieren gegen drohende Kürzungen bei den Kitas

HAMBURG. Nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung der städtischen Vereinigung der Kindertagesstätten im Audimax marschierten am 26. April 2004 1.200 ErzieherInnen zum Gänsemarkt, wo der Finanzbehörde eine Resolution gegen drohende Kürzungen beim Kita-Personal überreicht wurde. Die Behörde will in ihrem „Notprogramm“ vorrangig die billigeren Tagespflegestellen vermitteln. GEW-Kita-Fachsprecher Jens Kastner will erfahren haben, dass die Sozialbehörde beschäftigungslose Mütter als Tagesmütter anwerben und dann in den leeren Krippenräumen der Kitas die Kinder betreuen lassen will. Da dies nur mit Aufwandsentschädigung und ohne Sozialversicherungsbeiträge geschehen solle, spricht die GEW von der Vernichtung von ErzieherInnenstellen. Kastner: „Anderorts heißt dies Schwarzarbeit“. Der Druck der Behörde auf die Betreuungskosten droht die Arbeitsbedingungen bei der Vereinigung erheblich zu verschlechtern und zahlreiche kleine freie Träger zu ruinieren.

ulj
sellschaft auswirken. Thüringen zählt zu den vier Bundesländern, in denen es ein solches Gesetz nicht gibt. Deshalb fordert die Initiative auf Plakaten, Broschüren und anderen Materialien: „Nicht blau, sondern schlau machen!“ In den kommenden Tagen wird außerdem allen Parteien ein Brief mit Wahlprüfsteinen zugesandt. Darin werden die PolitikerInnen aufgefordert, Position zur Forderung eines Bildungsfreistellungsgesetzes zu beziehen. www.dgb-thueringen.de

15. Mai 2004: Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung

MÜNSTER. Seit 1985 demonstrieren KriegsgegnerInnen in aller Welt am 15. Mai, dem Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung. An diesem gemeinsamen Aktionstag finden global Informationsveranstaltungen und Demonstrationen statt, um auf das Recht auf Kriegsdienstverweigerung hinzuweisen und inhaftierte Deserteure und Verwei-

ger zu unterstützen. In Münster wird am 15. Mai ab 11 Uhr eine Demonstration vom Prinzipalmarkt mit Abschlusskundgebung um 14 Uhr vor dem türkischen Generalkonsulat stattfinden. Am Abend zuvor sprechen in der ESG um 19.30 Uhr *Rudi Friedrich* (Connection e.V. & DFG-VK) über „Desertion und Verweigerung – Widerstand gegen Rekrutierung und Krieg“; *Bernd Drücke* (Redaktion Graswurzelrevolution & DFG-VK) über „Alternative Öffentlichkeitsarbeit und die Situation von Kriegsdienstverweigerern international“; *Zeynettin Er* (Initiative kurdisch-türkischer KriegsgegnerInnen) „Zur Situation kurdisch/türkischer Kriegsdienstverweigerer“ und *Volker Maria Hügel* (PRO ASYL) über „Asyl und Desertion“.

www.graswurzel.net

Ergebnis des Hearings „Hartz oder Arbeit“ im Sächsischen Landtag

DRESDEN. 80 TeilnehmerInnen hatte das Hearing „Hartz oder Arbeit“ der PDS-Landtagsfraktion am 24. April 2004. Auf der Veranstaltung im Plenarsaal des Sächsischen Landtags, an der auch Landtagsvizepräsidentin Brigitte Zschöche teilnahm, berichteten zwölf Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfänger, überwiegend mit Facharbeiterausbildung bzw. mit Hochschulabschluss, über ihr Schicksal. Am Nachmittag berieten Experten über rechtliche und politische Möglichkeiten des Widerstandes, denn „eine ganze Generation im Osten wird in die Armut geschickt“, stellte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, Karl-Friedrich Zais, fest. Betroffen seien vor allem 50- bis 60-Jährige. Dagegen müsse der „Widerstand vervielfältigt“ werden. PDS-Fraktionsvize Klaus Tischendorf warf Ministerpräsident Milbradt (CDU) vor, mit sei-

Neue Initiative: Fünf Tage frei-stellen für Bildung und Demokratie

ERFURT. Die Initiative für ein Bildungsfreistellungsgesetz in Thüringen stellte sich am 27.4.2004 der Öffentlichkeit vor. 14 Vereine und Verbände, darunter neben Gewerkschaften, Erwachsenenbildungs-trägern und Jugendverbänden auch die SPD, B90/Die Grünen und die PDS, wollen eine Kampagne anschließen, die die WählerInnen und PolitikerInnen davon überzeugt, dass fünf Tage Arbeitnehmer-freistellung für politische, arbeitsweltbe-zogene und ehrenamtliche Bildung im Jahr sich nachhaltig positiv für die Ge-



nem Kurs in den sächsischen Regionen für wirtschaftliche Stagnation und sozialen Rückschritt zu sorgen. In einer Erklärung der Tagung heißt es zum Schluss: „Die PDS-Fraktion hat mit ihrem alternativen Landesentwicklungskonzept (Aleksa.) einen umfassenden Vorschlag für den Freistaat in die öffentliche Diskussion gebracht. Drei Wege sind dabei zu verknüpfen: 1. neue Arbeitsplätze durch eine gezielte Nachfragepolitik (kommunales Infrastrukturprogramm, Gründeroffensive, verstärkte Förderung von Clustern und Wachstumskernen), 2. staatliche Arbeitsförderung (langfristige Projekt- statt Personenförderung, Einführung einer existenzsichernden Grundsicherung für alle, die über kein anderes Einkommen verfügen), 3. neue Verteilung und neue Formen von Arbeit (gefördeter Wechsel von voller Erwerbsarbeit, Teilzeitarbeit, Weiterbildung, Überstundenabbau, verkürzte Wochenarbeitszeit und flexible Jahresarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich).

Wir ermutigen dazu, den Widerstand gegen den Abbau des Sozialstaates konsequent fortzusetzen. Wir rufen die Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Kirchen auf, gemeinsam im Sinne einer sozial gerechten und demokratischen Gesellschaft zu wirken.“

pdsfraktion-sachsen.de

Gemeinsamer Perspektivenkongress vom 14.–16. Mai 2004 in Berlin

BERLIN. Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Sozial- und Umweltverbände rufen vom 14.–16. Mai zu einem gemeinsamen Kongress in der Technischen Universität Berlin auf. Ein breites Spektrum alternativer Politikansätze – das von der Bürgerversicherung, einem existenzsichernden Mindesteinkommen und ökologischem Umbau über die Kontrolle der internationalen Finanzmärkte, Europa als soziale Zivil- statt Militärmacht und eine Steuerreform für soziale Gerechtigkeit, Transparenz und Umverteilung von oben nach unten bis hin zu einer aufgeklärten Wirtschaftspolitik mit Angebots- und Nachfrageseite und der Stärkung öffentlicher Investitionen in Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Innovation reicht – soll dort deutlich zeigen, dass es tatsächlich anders und besser geht als dies zur Zeit der Fall ist.

Erwartet werden über 1.000 TeilnehmerInnen. Unter den prominenten Gästen sind Elmar Altvater (FU Berlin, attac-Beirat), Frank Bsirske (ver.di), Ursula Engelen-Kefer (DGB), Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach (Uni Frankfurt/M.), Gustav Horn (DIW), Hans-Helmut Kotz (Deutsche Bundesbank), Jürgen Kromphardt (TU Berlin), Birgit Mahnkopf (FHTW Berlin), Jürgen Peters (IG Metall), Reiner Plassmann (Europäischer Verband öffentlicher Unternehmen), Eva-Maria Stange (GEW), Barbara Stolterfoth (Dt. Parität. Wohlfahrtsverband), Andreas Wörgötter (OECD) und Klaus

Wieseßgöl (IG BAU). Aus dem Ausland erwarten wir unter anderem Luciana Castellina (il manifesto, Italien), Prof. Ewald Nowotny (ehem. Vizevorsitzender der europäischen Investitionsbank, WU Wien) und Prof. Ariel Salleh (Universität Melbourne, Australien).

www.perspektivenkongress.de



„Mörder unterm Edelweiß“ – Dokumentation eines Hearings

MITTENWALD. Seit über 50 Jahren treffen sich jeden Pfingsten Gebirgsjäger der ehemaligen Wehrmacht und der Bundeswehr auf dem Hohen Brendten in Mittenwald (Bayern), um ihrer toten Kameraden zu gedenken und ihre Traditionen zu feiern. 2003 wurden sie erstmalig mit Protesten und kritischen Veranstaltungen konfrontiert. Der folgende Band versammelt Beiträge des internationalen Hearings über die Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger, das am Vorabend dieses größten deutschen Soldatentreffens in Mittenwald veranstaltet wurde: Ralph Klein/Regina Mentner/Stephan Stracke (Hg.) „Mörder unterm Edelweiß“ / Dokumentation des Hearings zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger. 152 Seiten, EUR 12,90, ISBN 3-89438-295-3.

Der AK Angreifbare Traditionspflege und die VVN-BdA rufen auch in diesem Jahr zu Protestaktionen auf: Am Samstag, 29.5.2004, um 11 Uhr Demonstration ab Bahnhof Mittenwald, 15–18 Uhr Veranstaltung mit Beiträgen zu den NS-Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger in Frankreich, Italien und Griechenland. Am Sonntag ab 9 Uhr; Kundgebung gegen das Pfingsttreffen am Hohen Brendten. *www.nadir.org/nadir/kampagnen/mittenwald*

BUKO-Kongress vom 20.–23. Mai

KASSEL. Der diesjährige BUKO-Kongress findet unter dem Motto „Das Ende der Bescheidenheit“ vom 20.–23. Mai 2004 in der Uni in Kassel statt. Hier soll zunächst die Frage aufgeworfen werden, wo eigentlich das neoliberal-militaristische Projekt des globalisierten Kapitalismus brüchig wird – und wo praktische Kritik eher zur Modernisierung von Herrschaft zu verkommen droht, ohne die gesellschaftsveränderten Potenziale auszuschöpfen.

Zu den Unterstützern gehören neben

einigen autonomen Gruppen, dem Sozialistischen Büro, der Zeitschrift SoZ sowie den Jungdemokraten/Junge Linke auch der Bundesausschuss Friedensratschlag, die DGB-Jugend Nordhessen, der DGB Stadtverband Kassel, AStA und ESG Kassel. Beginnen wird der Kongress mit einer Podiumsdiskussion am Do, 20. Mai, ab 19.30 Uhr zum Thema „Neoliberalismus am Ende?“ mit Nicola Bullard (Focus on the Global South, Bangkok), Katharina Pühl (Berlin), Sandro Mezzadra (Zeitschrift Derive Approdi, Univ. Bologna), Alessandro Pelizzari (attac-Schweiz, Univ. Fribourg/CH). Ab Freitag wird dann in drei Foren getagt (Arbeit und soziale Reproduktion, Privatisierung, Soziale Rechte und Legalisierung). Am 21. Mai gibt es abends um 19.30 Uhr eine öffentliche Podiumsveranstaltung zur EU-Ostererweiterung. Samstag ist ab 14 Uhr unter dem Motto „Congress goes downtown“ eine öffentliche Präsentation der Kongressthesen in der Innenstadt geplant.

www.buko.info

Sorgt die Firma Müllermilch nun für gentechnikfreie Fütterung?

ARETSRIED. Diese Frage wollte Greenpeace am 30.4.2004 vor Ort im bayerischen Aretsried klären. Die Firma zog es vor, die Polizei zu rufen. Die Unternehmensgruppe Theo Müller habe alles in ihrer Macht Stehende getan, um Gen-Pflanzen im Futter ihrer Milchkühe auszuschließen. So eine Mitteilung der Firmenanwälte an Greenpeace. Greenpeace-Recherchen ergaben aber, dass es zurzeit keine Kontrollen der eingesetzten Futtermittel durch Müller und keine entsprechenden Verträge zur gentechnikfreien Fütterung gibt. Zudem fand Greenpeace in Futtermittel-Stichproben bei vier Müllermilch-Höfen einen erheblichen Anteil genmanipulierter Soja.

Greenpeace-Gentechnikexperte Christoph Then forderte deshalb: „Der Milch-Riese muss Verträge mit den Milchbauern abschließen, die ganz klar zu einer Füt-



terung ohne Gen-Soja und Gen-Mais verpflichten und faire Preise garantieren. Müller muss zudem für ausreichende Überwachung sorgen. Fehlen diese verbindlichen Schritte, kann der Verbraucher von Müller nichts erwarten außer viel heißer Luft und Gen-Milch.“

*www.greenpeace.org
Zusammenstellung: baf*

Streiflichter auf das Hearing „Schule in Europa zwischen PISA und Privatisierung“

HAMBURG. Das Hearing, das – unter der Ägide der MdEP Feleknas Uca – am 17.4. in der HWP stattfand, bringt den Berichterstatter, der nur beschränkten Platz zur Verfügung hat, in Schwierigkeiten, will er sich nicht mit einer dünnen Aufzählung der abgehandelten Themen begnügen – so voll war das Programm. Und nicht nur das: Das Hearing setzte fast gleichwertige Schwerpunkte: Das Problem der Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, am Beispiel des Bildungssystems, und den internationalen Schulvergleich, ausgelöst durch den PISA-Schock.

Ein Ausweg aus dem Dilemma könnte darin bestehen, nur bestimmte Streiflichter auf das Hearing zu richten – d.h. besonders markante Punkte in Vorträgen und Diskussionen herauszugreifen. Das soll im Folgenden geschehen, und das auch nur bezogen auf den ersten der beiden Schwerpunkte.

I Der Missbrauch des Begriffs des „lebenslangen Lernens“

(Zum Abschnitt: „Bildungspolitik der EU“) – Der schon seit langer Zeit verbreitete Begriff des „lebenslangen Lernens“ bekommt im Zusammenhang mit dem neoliberalen Diskurs eine neue Bedeutung. Beschrieb er bislang gleichermaßen eine berufliche Notwendigkeit wie ein Bedürfnis des Menschen, so wird nun die persönliche Eigenverantwortung des Menschen für sein berufliches

Schicksal einseitig in den Vordergrund geschoben, und das hat Folgen: So werden die Menschen für ihre eventuelle Arbeitslosigkeit mit dem Argument, sie hätten das „lebenslange Lernen“ vernachlässigt, wieder einmal selbst verantwortlich gemacht, und andererseits wird die Reduktion des öffentlichen Bildungswesens auf ein Minimum damit gerechtfertigt, dass die Menschen ohnehin ihr Wissen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten ständig erneuern müssten und daher ein breiter Ansatz in der Bildung sich erübrige.

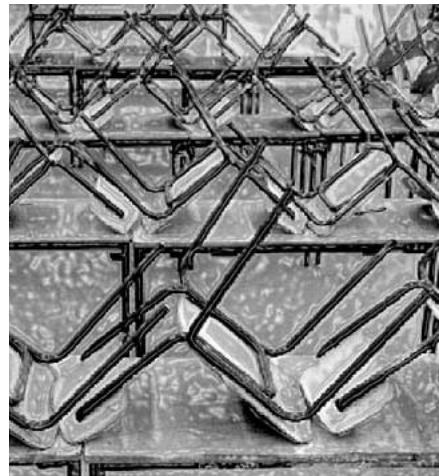
II „Bildungsgutscheine“ als soziales Feigenblatt

(Zum Abschnitt: „Privatisierung als Allheilmittel? Mythen der Privatisierung“) – Herbert Schui, der als Professor an der HWP Volkswirtschaftslehre lehrt, warnte davor, es sich mit der Ablehnung der Privatisierung im Bildungsbereich argumentativ zu leicht zu machen, indem man diese wegen ihrer unsozialen Folgen kritisieren. Das sei zwar berechtigt, doch müsse man zur Kenntnis nehmen, dass die Neoliberalen beanspruchten, mit Hilfe von so genannten „Bildungsgutscheinen“ einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Es sei auch zutreffend, dass auf diese Weise kein wirklicher Ausgleich geschaffen werde, da ein gut betuchter Student nicht auf die Ressourcen beschränkt sei, die anderen in Form von „Bildungsgutscheinen“ zuge-

standen würden. Ein Problem sei aber, dass gerade auch sozial Benachteiligte an den Mythos vom sozialen Ausgleich durch „Bildungsgutscheine“ glaubten – das „Feigenblatt“ also für einen wärmenden Umhang hielten. Wenn diese die „Bildungsgutscheine“ verwendeten, liefen das auf eine Abstimmung mit den Mitteln des Marktes hinaus. Die Angebote der jeweiligen Bildungsträger brauchten sich dann aber gar nicht einer dialogischen Auseinandersetzung um Inhalte und Ziele zu stellen, und die Anwender der „Bildungsgutscheine“ würden sich ihrer Verantwortung für das mit den Mitteln des Marktes erzielten Gesamtergebnis entziehen.

III Wie arrangiert sich der auf seinen Tauschwert reduzierte Charakter mit seinem Schicksal? (ebd.)

Im Neoliberalismus zählt die Forderung des humanistischen Pädagogen Hartmut



Berufsschulreform: Senatorin rudert zurück

HAMBURG. Senatorin Dinges-Dierig hat nach Pressemeldungen in Gesprächen mit Vertretern von Handelskammer und Unternehmensverband Nord ihre Kritik an der geplanten Berufsschulreform verteidigt. Sie hatte die geplante Überführung der Berufsschulen in eine wesentlich von der Wirtschaft kontrollierte Stiftung zunächst gestoppt. Sie fordert eine weitere Schwachstellenanalyse und sieht nach wie vor Handlungsbedarf. Sie erwarte eine Begründung dafür, dass das Stiftungsmodell die Probleme lösen könne. Nach ihrer Ansicht müsste die Wirtschaft ihren Beitrag bei der Ausbildung von Jugendlichen deutlicher machen. So sei denkbar, dass die Kammer Abschlüsse anerkennen, die Jugendlichen in berufsvorbereitenden Maßnahmen erlangten. Ziel sei es, die „Durchlaufzeit“ von Schülern im beruflichen System deutlich zu verkürzen. Die Gewerkschaften hatten ihre Ankündigung begrüßt. Die Handelskammer forderte daraufhin

erste Festlegungen der Schulsenatorin noch im Mai. Die Betroffenen hätten ein Anrecht darauf zu erfahren, wie es weitergehe, heißt es in einem Schreiben von Handelskammer-Präsident Dr. Karl-Joachim Dreyer und dem Hauptgeschäftsführer Prof. Hans-Jörg Schmidt-Trenz.

Die GEW erklärte in einer Stellungnahme:

„Erster Erfolg der Volksinitiative und des geplanten Volksbegehrens „Bildung ist keine Ware“:

Stiftung in Frage gestellt!

Die Kampagne der Gewerkschaften gegen eine schleichende Privatisierung der Beruflichen Schulen zeigt Wirkung. Die Träger der Volksinitiative „Bildung ist keine Ware“, die über 22000 Unterschriften gesammelt haben und jetzt ein Volksbegehren vorbereiten, sehen ihre Argumente durch die Senatorin Frau Dinges-Dierig bestätigt. (...) Genau das wurde

immer wieder verlangt: die Leistungen der Beruflichen Schulen zu würdigen, Stärken und Schwächen fest zu stellen und konkrete Verbesserungen für das Lernen und Arbeiten in den 48 Hamburger Beruflichen Schulen vorzuschlagen. In zahlreichen Stellungnahmen von GEW, DGB, Eltern, Schüler- und Lehrerkammer, Personalversammlungen, Universität, usw. wurde eingefordert, an der Qualität der Beruflichen Bildung zu arbeiten, statt im Schnellverfahren die Regie der Beruflichen Schulen in Form einer Stiftung an die Wirtschaft zu übertragen. Nun liegt die offizielle Bankrotterklärung für diese Politik vor. Das ist begrüßenswert! Allerdings ist die Aussage der Senatorin zweideutig und enthält keine klare Absage an die Übertragung auf eine Stiftung: „Ob am Ende das Stiftungsmodell steht oder nicht, das ist nicht wichtig.“ Natürlich ist diese Frage von zentraler Bedeutung. Immerhin geht es hier um eine andere Weichenstellung für die Bildung, um den Abbau staatlicher Verantwortung und Übernahme der Regie durch die Wirtschaft. Dies wurde von der zurückgetretenen Regierungskoalition und dem Geschäftsführer der Han-

von Hentig, „die Personen zu stärken“, nichts mehr. Es geht nur noch um die Verwertbarkeit – nicht nur von Kenntnissen und Fähigkeiten, sondern auch von Einstellungen. Die Menschenwürde – so Schui – löse sich in Tauschwert auf, wenn z.B. Fähigkeiten wie Teamfähigkeit nur noch unter dem Gesichtspunkt von „employability“ und „adaptability“ (diese Begriffe verwendete Horst Bethge in seinem Vortrag) gefördert würden.

In der Diskussion wurde die Hypothese vertreten, die Auflösung der Menschenwürde in Tauschwert lasse in den Betroffenen ein ungestilltes Bedürfnis zurück – und dieses Bedürfnis sähen sie vielfach durch die Hinwendung zur Religion erfüllt. Schui stimmte dieser Hypothese zu, ergänzte sie jedoch, indem er die Religion als eine „Religion ohne Theologie“ charakterisierte; als Prototypen nannte er einen Vertreter des christlichen Fundamentalismus aus der Umgebung von George W. Bush, den Justizminister Ashcroft.

IV Die neuesten Schweinereien im Bildungsbereich (Fallbeispiel Bremen)

Wer der Meinung war, der Versuch der Hamburger CDU(- FDP-Schill) – Regierung, den Berufsschulbereich durch Privatisierung umzukrempeln, sei an Dreistigkeit nicht mehr zu übertreffen, wurde an Hand des Fallbeispiels Bremen eines Besseren – oder vielmehr eines Schlechteren – belehrt. Doch diese rasante Entwicklung in der gebotenen Exaktheit darzustellen, ist eines weiteres Artikels wert. (lz)

Beide Berichte aus Hamburger Lokalberichte Nr. 9/2004

delskammer zu einem bundesweiten Vorzeigemodell erklärt. Durch die Volksinitiative und das Volksbegehren soll die staatliche Verantwortung für die Bildung der Kinder und Jugendlichen verteidigt werden, wie sie im Grundgesetz Art. 6 garantiert wird. Damit ist die Anforderung verbunden, für eine hohe Bildungsqualität für alle Jugendlichen zu sorgen. Diesen Anspruch müssen die Beruflichen Schulen erfüllen, wie auch allgemeinbildende Schulen. Die Mehrheit der Jugendlichen in Hamburg besucht eine Berufliche Schule, entweder als Ergänzung zu einer betrieblichen Ausbildung oder in vollzeitschulischen Bildungsgängen, die fast ein Drittel ausmachen und zur Zeit anwachsen, weil zu wenig Ausbildungsplätze seitens der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Ihre Bildung darf nicht der Wirtschaft überlassen bleiben! Weder kurz- noch langfristig. Nur zuverlässige Vereinbarungen können das absichern. Gespräche mit der Senatorin sind von DGB und GEW angefordert. Ohne konkrete und zuverlässige Zusagen durch den Senat wird das Volksbegehren „Bildung ist keine Ware“ weiter eine wichtige Funktion haben.“

Bleiberecht statt Rückführungsprogramm! ESSEN. Die PDS-Ratsgruppe lehnt das im Unterausschuss Wohnungsnotfälle vorgestellte Rückführungsprogramm für Roma ab. Einbezogen werden sollen in das Programm rund 700 Roma aus Serbien, die von Abschiebung bedroht sind. Wenn sich 200 Roma an dem Programm beteiligen, rechnet die Stadt mit Einsparungen bei der Sozialhilfe von 1 Mio. Euro. Das Programm kostet rd. 575.000 Euro, bleiben für die Stadt unter dem Strich Einsparungen von etwa 425.000 Euro Sozialhilfe im Jahr 2004.

Die Roma leben in Serbien im nackten Elend. Sie haben keine Chance, sich eine Existenz aufzubauen, das bestätigen alle Berichte aus dem vom Krieg zerstörten Land.

Nur die PDS protestierte in der Ausschusssitzung dagegen, dass deshalb jetzt die Roma durch erhöhten Abschiebedruck seitens der Stadtverwaltung in das Rückführungsprogramm gedrückt werden sollen. Roma-Vertretern war seitens der Stadt zugesagt worden, dass es jeder einzelnen Familie freigestellt ist, ob sie an dem Programm teilnehmen will oder nicht.

Die PDS-Ratsgruppe kritisiert, dass das Roma-Rückführungsprogramm bereits in der Sozialausschuss-Sitzung am 6.5.2004 verabschiedet werden und nicht mehr im Stadtrat selber behandelt werden soll.

www.pds-essen-im-rat.de

Frankfurter Sparkasse gezielt geschädigt? FRANKFURT A.M. In einer Anfrage an den Magistrat stellt die PDS-Fraktion im Römer fest: „In den vergangenen Wochen sind immer neue vertrauliche Details über die wirtschaftlich angeschlagene Frankfurter Sparkasse verfrüht und planlos an die Öffentlichkeit gelangt. Dadurch konnte beispielsweise in der Öffentlichkeit der völlig falsche Eindruck entstehen, dass die Spareinlagen bei der Frankfurter Sparkasse nicht mehr sicher sind, was der Sparkasse erheblichen Schaden zugefügt hat.“

Erstaunlich ist, dass die Verantwortlichen der Sparkasse, der Polytechnischen Gesellschaft und der Stadt Frankfurt am Main in keiner Weise gegen die „undichte Stelle“ vorgegangen sind. Denn es drängt sich der Verdacht auf, dass vertrauliche Informationen gezielt an die Öffentlichkeit gebracht wurden, um die unpopuläre Privatisierung der Frankfurter Sparkasse voranzutreiben.

In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass der Präsident der Polytechnischen Gesellschaft, der frühere CDU-Stadtverordnetenvorsteher Hans-Jürgen Hellwig, als Partner der Anwaltssozietät Hengeler Müller an dem Versuch beteiligt war, die Sparkasse Stralsund zu privatisieren.“

www.pds-im-roemer.de

Goldreserven für Kommunen: ALSFELD/VOGELSBERG. Die ATTAC-Gruppe Alsfeld/Vogelsberg schlägt in einem Brief an Bundesfinanzminister Eichel vor, die Bundesbankreserven für kommunale Zwecke zu verwenden. Die Deutsche Bundesbank, die ja durch die Einführung des Euros ihre Aufgabe als Währungs- und Notenbank verloren hat, sollte den Kommunen zinslose Kredite gewähren. „So können nach unserer Auffassung kurzfristige finanzielle Engpässe in den Kommunalhaushalten überwunden werden, und Kommunen sind nicht mehr gezwungen, öffentliches Vermögen durch fragwürdige Privatisierungsdeals zu verhökern.“

Da der Marktzinssatz sich schon längere Zeit auf einem Tiefstand hält, entstünde hierdurch dem Bund nur ein relativ geringer Zinsausfall. Eine kräftige Finanzspritzte über einen zinslosen Kredit würde so auch dem Mittelstand helfen, Arbeitsplätze würden neu entstehen und der öffentlichen Hand Steuern und den Sozialkassen Beiträge zufließen.

www.meinepolitik.de

Kindertagesbetreuung: OSTFILDERN. Auf der Frühjahrssitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gesundheit des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DSTGB) in Ostfildern sprach sich der Ausschussvorsitzende, Bürgermeister Manfred Uedelhoven, für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Kinderbetreuungsangebote aus. „Der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten über den Rechtsanspruch im Kindergartenbereich hinaus ist aber nur in dem Maße möglich, wie sich Bund und Länder dauerhaft an der Finanzierung der Betriebskosten beteiligen.“

Zur Zeit zahlen die Kommunen über 10,5 Milliarden Euro im Jahr für die Betriebskosten ihrer Kindergärten. Der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder im Sinne der Vorstellungen der Bundesregierung würde für die alten Bundesländer zusätzliche jährliche Betriebskosten von bis zu 2,5 Milliarden Euro verursachen. Wer hier mehr fordere, müsse zunächst erklären, woher die Finanzmittel kommen sollen. Erschwerend kommt hinzu, dass immer mehr freie Träger nicht mehr in der Lage oder bereit sind, ihre Trägeranteile zu finanzieren. Diese Mehrbelastungen müssen ebenfalls von den Kommunen getragen werden. Der Ausschuss steht einer Gegenfinanzierung über mögliche Einsparungen durch die Umsetzung des Hartz-Konzeptes kritisch gegenüber. „Es besteht die Gefahr, dass uns Einsparungen, die momentan ausschließlich auf dem Papier bestehen, wieder mehrfach gegengerechnet werden und das, bevor sie überhaupt eingetreten sind.“

www.dstgb.de

Zusammenstellung: uly

Bohrungen im löchrigen Damm

Auch wenn der Tarifabschluss schon etwas zurückliegt, ist die folgende Einschätzung von Interesse: Werden die Großunternehmen die Öffnungsmöglichkeiten zum Dammbruch ausnutzen?

von Tom Adler

(...) „Einkommen gesichert, keine unbezahlte Mehrarbeit.“, titelten die Metall-Nachrichten vom 13.2.; sie ziehen eine erwartungsgemäss positive Bilanz für die IG Metall. Im Unternehmerlager, bei Regierung und Opposition fallen die Bilanzen unterschiedlich aus: Zufriedenheit bei Schröder und der CDU, zurückhaltende Zustimmung bei Gesamtmetall-Chef Kannegiesser. „Ein tarifpolitisches Waterloo“ für die Metallunternehmer stöhnte dagegen der Kommentator der FAZ, und meinte: „Die Niederlage der Arbeitgeber ist vernichtend, und nirgendwo ist Hilfe in Sicht.“

Offen wie ein Scheunentor

Maßgeblich für eine realistische Einschätzung ist selbstverständlich weder die Presseschau der herrschenden Kreise noch die Außendarstellung der IG-Metall-Führung. Vielmehr sind die Gesamtsituation vor und während der Tarifrunde, deren Verlauf und die Ergebnisse im Detail zu betrachten. Die Diskussion um die Höhe der Tarifforderung im Herbst 2003 stand noch ganz im Zeichen der desaströsen Beendigung des Oststreiks und der darauf folgenden öffentlichen Schlamschlacht der sogenannten „Modernisierer“ in der IG-Metall-Führung. Die von Spitzengruppen selbst ausgerufene „historische Niederlage“ war völlig unabhängig vom Realitätsgehalt dieser Bewertung, zur Self-fulfilling Prophecy geworden und beschädigte das Selbstbewusstsein im Apparat massiv. Die Lohntarifrunde sollte deshalb, so das Drehbuch der IG-Metall-Spitze als ruhige sachorientierte Verhandlung mit einer bescheidenen Forderung über die Bühne gehen. Konfliktvermeidung stand ganz oben auf der Prioritätenliste. Auch an der Basis wirkte das Desaster nach und führte, gespeist auch aus der allgemeinen Krisenangst, zu großer Verunsicherung. Die Folge war, dass selbst aus den süddeutschen Großbetrieben heraus kaum Druck für eine höhere Forderung als die vorgegebenen entstand. Das zaghafte Konzept wurde jedoch von den Metallunternehmern, die Rückenwind aus Regierung und Opposition verspürten, mit bisher unüblicher Aggressivität vom Tisch gewischt. Ihre Gegenforderungen nach z.T. unbezahlter Verlängerung der Arbeitszeit, Abschaffung der bindenden tariflichen Arbeitszeit von 35 Stunden pro Woche und Verlagerung der Regelungskompetenz in die Betriebe sind nur erklärbar aus einer Verkenntnis des Kräfteverhältnisses: Eine solche Niederlage in offener Auseinandersetzung

ist nur einer von der Spitze bis an die Basis angezählten Organisation beizubringen. Die Massivität der Warnstreikwelle, der Zorn in den Betrieben, den die Forderung nach Unterwerfung auslöste, lehrte die Strategen von Gesamtmetall ein weiteres Mal, dass es ein folgenschwerer Irrtum sein kann, aus dem zaghafte Erscheinungsbild der Führung der IG Metall allzu schnell auch auf eine Kampfunfähigkeit an der Basis der Organisation zu schließen. Die Streikbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen wuchs von Tag zu Tag. Otmar Zwiebelhofer, Verhandlungsführer von Südwestmetall, konstatierte besorgt, die Warnstreiks hätten schon den „Charakter eines Erzwingungsstreiks“. Die führenden Tarifpolitiker der IG Metall, Gefangene ihres eigenen zaghaften Konzepts, beantworteten dagegen die Unternehmerprovokation mit Beschwichtigungsversuchen. Viel zitiertes Beispiel dafür ist Bertold Hubers Bekenntnis, man sei doch „offen wie ein Scheunentor“ für weitere Flexibilisierung, bloß unbezahlte Arbeitszeitverlängerung sei nicht akzeptabel.

Die unerwartet schnelle Entwicklung der Kampfbereitschaft in den Belegschaften, die ersten sichtbaren Haarrisse in der Betonwand der veröffentlichten Meinung, die Bündnispartner bei den Redakteuren im Arbeitskampf gegen ähnliche Zumutungen, und andere günstige äußere Faktoren lassen die Einschätzung zu: Die IG Metall hätte, bei weiterer Eskalierung der Auseinandersetzung, gestützt auf eine wachsende Kampfkraft und wiederentstehendes Selbstbewusstsein, aus dieser Tarifrunde ohne jede Konzession in der Arbeitszeitfrage und deutlich gestärkt hervorgehen können.

Wettbewerbsfähigkeit festgeschrieben

Dass die Verhandlungsführer dies nicht versucht haben, sondern lieber einen schnellen Abschluss inklusive Öffnungs-

klauseln für Arbeitszeitverlängerung wollten, liegt nicht einfach an ihrer Zaghaftigkeit und Scheu vor tendenziell schwer steuerbaren Massenmobilisierungen. Im Pforzheimer Verhandlungsergebnis werden gemeinsame Positionen von Südwestmetall und IG Metall formuliert, die man nicht mehr als folgenlose „Tarifvertragslyrik“ abtun kann: Mit Bekenntnissen zur Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsbedingungen (!) wird hier das „Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit“ per Tarifvertrag festgeschrieben. Diesem Ziel dienen auch die Öffnungsklauseln in Richtung verlängerter Arbeitszeiten. War in den Arbeitszeitdiskussionen in der IG Metall in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert worden, die 40-Stunden-Quote von 18% (18% der Belegschaften, die abweichend vom Tarifvertrag 40 Stunden arbeiten können) müsse reduziert und wirksame Kontrollmöglichkeiten für deren Einhaltung durchgesetzt werden, so geht die Vereinbarung von Pforzheim in die entgegengesetzte Richtung. Die Möglichkeiten, längere Arbeitszeiten als 35 Stunden einzuführen, werden ausgeweitet. Dass in Betrieben mit hochqualifizierter Belegschaft (mit über 50% der Beschäftigten in den Gehaltsgruppen T6/K6 und höher) eine 40-Stunden-Quote bis zu 50% vereinbart werden darf, wird in all den Betrieben, wo die 18% bisher gehalten oder unterschritten wurden, einen Anpassungsdruck nach oben erzeugen. Zumal die Kontrollmöglichkeiten für Betriebsräte über die Einhaltung der Quote nur für Betriebe mit einer erhöhten Quote festgelegt wurden. Weiter erlaubt das Tarifabkommen auch für Betriebe mit einer niedrigeren Gehaltsstruktur die Erhöhung der 40-Stunden-Quote, „um Innovationsprozesse zu ermöglichen oder Fachkräftemangel zu begrenzen“. Die IG Metall soll solche Erhöhungen vereinbaren, wenn die Betriebsparteien dies beantragen. Dass dies ebenfalls den Druck auf Verlängerung der Arbeitszeiten nicht begrenzen, sondern erhöhen wird, ist offensichtlich. Die im Pforzheimer Ergebnis gemachten Konzessionen an die Arbeitszeitforderungen der Unternehmer sind, zusammen gefasst, zwar nicht der Dammbruch bei der 35-Stunden-Woche. Es sind jedoch weitere Bohrungen in einem bereits löchrigen Damm, der bekanntlich erst dann bricht, wenn die Erosion an den Bohstellen eine gewisse Größe erreicht hat. Der von den Unternehmern versuchte Einsatz des arbeitszeitpolitischen „Daisy Cutter“ wurde mit der Kampfkraft der Metaller zwar erfolgreich verhindert – in den nächsten Jahren werden es die IG Metall und die Beschäftigten in den Betrieben dafür mit Zeitbomben und Tretminen zu tun bekommen.

Aus Netzwerk-Info Gerwerkschaftslinke Nr.1/2004. Kontaktadresse: Ewald Wehner, Paul-Gerhardt-Ring 15, 60528 Frankfurt/M. ewald.wehner@t-online.de



In seiner Mai-Rede stellte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer den unsozialen und ausgrenzenden Charakter der Politik der Arbeitgeberverbände der Bundesregierung heraus. Eine Abwehrstrategie wird nicht erkennbar. Denn was „die Gewerkschaften“ von „der Politik“ einfordern können, hängt sehr davon ab, was zwischen Lohnarbeit und Kapital im sozialen Feld ausgekämpft werden konnte. In der Beurteilung der vielen größeren und kleineren Streit- und (Streik)fälle entsteht öffentliche Meinung und es gibt viele Anzeichen dafür, dass eine breite Öffentlichkeit gewonnen werden kann. Auf den folgenden Seiten einschlägige Berichte aus Alternativpresse und Gewerkschaftspublikationen.

Unter Führung von Managern der gutschwerten Landeshauptstadt München greifen die kommunalen Arbeitgeber in Bayern jetzt die ÖPNV-Tariflöhne an. Verdi ist zum Streik entschlossen. In Bayern verfügen München und Nürnberg über U-Bahn-Netze, die mit S-Bahn-Strecken verbunden sind. Wenn sich die öffentlichen Arbeitgeber ausrechnen, gegen den streikenden ÖPNV halb und ganz private Busunternehmen anfahren zu lassen, muss das nicht aufgehen.

Auslöser für die Dreistigkeit der öffentlichen Hände ist der Abstand, der zu den Busfahrtarifen bei den Privaten besteht. Anderswo sind inzwischen diese schon niedrigen Tarife ein Kampfziel. Die UZ berichtet (wir haben den Artikel aus den Kölner Lokalberichten übernommen) von einer seit vier Monaten andauernden Streikbewegung bei der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG.

Wiederum im Großraum München ist die Gewerkschaft verdi zur Zeit damit beschäftigt, eine Betriebsratswahl bei Aldi durchzusetzen. So groß ist hier die Abhängigkeit, dass Arbeitnehmerrechte nur noch unter Hilfe von außen und in geheimer Wahl durchgesetzt werden können. Der Voraussicht und dem Erinnerungsvermögen der Gewerkschaftsbewegung ist zu danken, dass in konjunkturell viel helleren Zeiten dertige Möglichkeiten im Betriebsverfassungsgesetz verankert wurden.

Hart fasst der Freistaat Bayern auch seine Beamten an. Allerdings nicht alle. Wir dokumentieren eine Erklärung, die u.a. feststellt, dass ein „guter“ Verwaltungsreformprozess“ durch „Abflachung von Hierarchien gekennzeichnet“ sei, während die Landesregierung zu dessen Beginn „erst mal neue neue Hierarchien“ schaffe.

ver.di Bayern:

Nahverkehr streikbereit: Bus-, Tram- und U-Bahn

MÜNCHEN, DEN 3. MAI 2004 – Bus-, Tram- und U-Bahnfahrpersonal aus ganz Bayern traf sich am 30. April 2004 auf Einladung von ver.di in München zu einer Arbeitstagung, um Reaktionen auf die geplanten Lohnkürzungen im öffentlichen Nahverkehr zu beraten. „Das Ergebnis ist eindeutig: Wir sind streikbereit“, sagte Siegi Kreuzer, Fachsekretärin bei ver.di Bayern und Verhandlungsführerin im Tarifkonflikt mit dem kommunalen Arbeitgeberverband Bayern (KAV). Große Empörung sei die einhellige Reaktion auf die vom KAV gekündigten Tarifverträge für das Fahrpersonal, so Siegi Kreuzer. Massiv und deutlich wurden Lohnabsenkungen als „nicht verkraftbar und unsozial“ abgelehnt. Mit den gekündigten Tarifverträgen würden nicht nur viele Regelungen zur Arbeitszeit, wie z.B. die Begrenzung des täglichen Dienstes am Steuer auf acht Stunden, sondern auch Regelungen zur Absi-

cherung des Fahrpersonals bei Fahrdienstunfähigkeit in Frage gestellt. Dies, so Kreuzer, sei bei der Berechnung möglicher Lohneinbrüche bis zu 25 % durch die gekündigten Zuschläge noch gar nicht berücksichtigt worden. Die Fahrerinnen und Fahrer verlangen, dass die gekündigten Tarifverträge wieder in Kraft gesetzt werden. Der KAV wurde zu Verhandlungen aufgefordert. Diese Aufruforderung ist jedoch bisher ohne Terminangebot an ver.di geblieben. Einstimmig haben die TeilnehmerInnen der Tagung ihre Bereitschaft bekräftigt, sofort nach Ende der Friedenspflicht (sie endet mit dem 30.6.2004) zu Streikmaßnahmen zu greifen, sollte bis dahin kein akzeptables Angebot auf dem Tisch liegen. „Wir laufen uns warm“, so Kreuzer, „und zwar bayernweit. Der Unmut und die Wut sind enorm“.

Rückfragen bitte an Siegi Kreuzer, ver.di Bayern, 089-59977-1110 oder 0170-5749035

Im vierten Monat streiken 80 Busfahrer für menschenwürdige Löhne

„Wir haben nichts mehr zu verlieren“

Seit drei Jahren ist Bekim als Busfahrer bei der Herweg Busbetriebe GmbH (HBB) in Leverkusen beschäftigt.

Am Anfang schien ihm das ein Traumjob zu sein. Bekims Ausbildung bezahlte das Arbeitsamt mit dem erklärten Ziel der Festanstellung bei der HBB, einer hundertprozentigen Tochter der Kraft-

verkehr Wupper-Sieg AG (KWS), allgemein Wupsi genannt. Diese betreibt den öffentlichen Personennahverkehr in Leverkusen und Bergisch Gladbach. Sie gehört ihrerseits jeweils zur Hälfte der Stadt Leverkusen und dem Rheinisch-Bergischen Kreis. Bekims Anfangsgehalt war niedrig, kaum mehr als die Unter-

stützung, die er bisher erhalten hatte.

Doch im Einstellungsgespräch hatte man ihm versichert, dass seine Bezüge mit der Beschäftigungsdauer steigen würden; außerdem werde er nach Tarif bezahlt, der von der Gewerkschaft anerkannt sei.

So wurde Bekim einer von über 200 Busfahrern der Wupsi. Wenn er Überstunden schrubbte, konnte er bis zu 1.500 Euro im Monat machen. Doch das war nicht einfach, denn Wochenend- und Feiertagsarbeit waren sowieso angesetzt, zudem wurden die Anforderungen immer höher und vom angekündigten höheren Lohn war bald keine Rede mehr. In den Gesprächen mit den Kollegen stellte Bekim zudem fest, dass Busfahrer nicht gleich Busfahrer war.

Die 123 Kollegen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG wurden nach dem üblichen ÖPNV-Tarif bezahlt, wie er von ver.di ausgehandelt wird. Der ist bedeutend höher als Bekims und seiner Kollegen Entlohnung bei der HBB – nur, bei der KWS, wo in der Mehrzahl deutsche Kollegen arbeiten, wird niemand mehr eingestellt. Bei der HBB dagegen wurden Quartal für Quartal bevorzugt die Busfahrer angeheuert, die das Arbeitsamt für Wupsi ausbildete, bis heute etwa neunzig Kollegen aus aller Welt – z.B. aus der Türkei, Griechenland, Albanien, Kroatien, Polen, Russland, Nigeria, Serbien, Montenegro und aus Deutschland.

Entgegen den Versprechungen wurden in drei Jahren nicht einmal und bei keinem Kollegen der Lohn erhöht.

Diese Zustände konnten nicht ohne Folgen bleiben, zumal die HBB-Kollegen über ihre ver.di-Vertrauensleute feststellten, dass ihr angeblicher Tarifvertrag mit der sogenannten Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) ausgehandelt ist, die dem Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) angehört. Der GÖD gehört aber in Leverkusen kein einziger Kollege an. Alle Anfragen nach Einführung des üblichen ver.di-Einstiegstarifes, der unter dem KWS-Tarif liegt, wurden vom Wupsi-Betreiber rigoros abgelehnt. Daraufhin streikten Bekim und fünfzig seiner Kollegen am 20. Oktober 2003 zum ersten Mal für einen Spartentarifvertrag – ohne Resonanz bei der Betriebsleitung. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht verschweigen, dass die Existenz von Spartentarifverträgen bereits eine Niederlage im Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit bedeutet. Doch angesichts der allgemeinen Lage und der verzweifelten Lage der HBB-Kollegen geht es hier um das Recht auf den Tarifvertrag überhaupt.

Heute, am 1. April 2004 ist Streiktag 84 seit dem 9. Januar, als 80 von 90 Kollegen der HBB in den Ausstand traten, um einen Spartentarifvertrag zu erzwingen, der ihnen mehr als das Existenzminimum sichern soll. Ich stehe mit Bekim, der inzwischen der Streikleitung angehört, und etwa 20 weiteren Kollegen im Streiklokal, das ein Streikzelt ist, vor der

Rotstiftpolitik stoppen – Verwaltung reformieren!

Die Bayerische Staatsregierung hat mit ihrer Regierungserklärung vom November 2003 und dem im März 2004 beschlossenen Nachtragshaushalt Einsparungen von über 2,5 Milliarden Euro beschlossen. Zügig will man Personalkosten einsparen und gewachsene Strukturen zerschlagen.

Wir Personalräte erkennen sehr wohl die Notwendigkeiten von Reformen auch im Freistaat Bayern an. Die Staatsregierung macht jedoch mit der „Verwaltung 21“ alle entscheidenden Fehler, die man zu Beginn eines Reformprozesses machen kann:

- Mitarbeiter werden demotiviert, da sie den Eindruck gewinnen, die „Reform“ soll ausschließlich aus Spargründen erfolgen und nicht, um Strukturen zu verbessern und Wege zu verkürzen.

- Statt Beteiligung von Beschäftigten am Reformprozess wurden in diversen Showveranstaltungen politische Glau benssätze von drei Ministern verkündet. Eine Beteiligung der Personalräte nach BayPVG und Modernisierungsvereinbarung fand bisher nicht statt.

- Die Mitarbeiter, Personalräte und auch Dienststellenleiter erfahren meist erst aus der Presse, dass ihr Arbeitsplatz umorganisiert, ihre Dienststelle geschlossen oder ihr Betrieb privatisiert werden soll. Das frustriert die Betroffenen ungemein.

- Ein guter Verwaltungsreformprozess ist durch die Abflachung von Hierarchien gekennzeichnet. Die Staatsregierung hingegen hat mit der „Verwaltung 21“

erst mal neue Hierarchien geschaffen, denn mit dem Einführen des „Superministeriums Huber“ gibt es nicht weniger, sondern mehr Hierarchie, die den Reformprozess steuern soll!

- Die Fachkompetenz von Behörden und Verbänden ist zu beachten. Auch betriebswirtschaftliche Rahmenbedingungen sind zu berücksichtigen.

Die Streichung von Urlaubsgeld und die Kürzung der Sonderzahlung für die Beamten und die gänzliche Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld für die seit Sommer neu eingestellten Arbeitnehmer belastet das Zusammenarbeiten der Beschäftigten des Freistaates in den Dienststellen. Diese „Sparmaßnahmen“ entlasten wohl kaum den Haushalt, vielmehr schaffen sie Unzufriedenheit und sind sozial unausgewogen.

Mit der Kündigung der tarifvertraglichen Bestimmungen zur Arbeitszeit durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der Ankündigung des Freistaates Bayern, die Beamten ab 1.9.2004 gestaffelt nach Alter künftig 42, 41, bzw. 40 Stunden pro Woche arbeiten zu lassen, hat die Bayerische Staatsregierung ihre bisherige Mitarbeiterdemotivation noch einmal getoppt! Die Ankündigung, künftig bei arbeitsvertraglichen Veränderungen, wie z.B. Höhergruppierung, die verlängerte Arbeitszeit nach dem Vorbild der Beamten auch bei sich in der Nachwirkung des gekündigten Tarifvertrages befindlichen Arbeitnehmern durchsetzen zu wollen, ist abenteuerlich und wird rechtlich kaum zu halten sein.

Wir Personalräte fordern den Arbeitgeber Freistaat Bayern auf:

- Rücknahme der Kündigung der tarifvertraglichen Bestimmungen durch die TdL zum 30.4.2004, damit die Prozessvereinbarung zur Modernisierung

des Tarifrechtes im Öffentlichen Dienst gemeinsam mit Bund und Kommunen weiter fortgeführt werden kann!

- Anbieten von Arbeitsverträgen mit vollem Anspruch auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie auf die 38,5-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer!

- Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung für die Beamten zum 1.9.2004!

Wir Personalräte erklären, dass wir den Bestrebungen, die Nachwirkung von gekündigten Tarifverträgen unterlaufen zu wollen, unseren entschiedenen Widerstand entgegen setzen werden. Sollte die TdL und damit der Freistaat Bayern auf der Kündigung der tarifvertraglichen Bestimmungen zur Arbeitszeit bestehen und die Arbeitszeitverlängerung durch arbeitsvertragliche Veränderungen im Erpresserstil durchsetzen wollen, werden wir alle arbeitsrechtlichen Möglichkeiten und personalvertretungsrechtlichen Beteiligungsrechte nutzen, um die Beschäftigten zu schützen und dieses ungerechte und unsoziale Sparopfer zu verhindern.

Wir Personalräte lassen uns auch nicht durch die Verweigerung von Dienstbefreiung von Personalräten zu Arbeitstagungen über die Verwaltungsreform und zu den Stoiberschen Sparbeschlüssen abhalten, auf eben diese wichtigen Zusammenkünfte zu gehen.

Wir Personalräte und weitere betriebliche Interessenvertretungen werden im Falle von Warnstreiks, betrieblichen Protestaktionen und drohenden Streiks unserer grundgesetzlich verbrieftes Recht auf Beteiligung an gewerkschaftlichen Aktionen wahrnehmen!

München, den 27. April 2004

Gez. Personalrättinnen und Personalräte aus bayerischen Ministerien und nachgeordneten Behörden

naten mit allen Mitteln bekämpft worden.

Nacheinander hat man versucht: Die Solidaritätsstreiks der KWS-Beschäftigten – insgesamt sieben hat es gegeben – zu verbieten und damit in der zweiten Instanz Erfolg gehabt; die Kollegen zu kündern, indem man ihnen bedeutende Lohnerhöhungen angeboten hat – außerhalb eines Tarifvertrages; die Streikenden in der Öffentlichkeit zu diskriminieren, indem man sie für Preiserhöhungen im Nahverkehr verantwortlich mache; die Kollegen einzuschüchtern, indem man drei von ihnen die auslaufenden Verträge gekündigt hat; den Kollegen den Mut zu nehmen, weil man schon dreißig externe Anträge auf Neueinstellungen in der Schublade habe. All das hat nichts gebracht, weil die Kollegen – auch mit Hilfe von ver.di – kühlen Kopf bewahrt haben. Sie haben bereits 6.000 Solidaritätsunterschriften gesammelt – 90 Prozent der Gefragten unterschreiben.

Seit einem Monat halten die Busfahrer eine Mahnwache vor dem Gladbachener Kreishaus, die Aufsehen erregt, wie

Achim Beus, Gewerkschaftssekretär von ver.di, erzählt. Die überörtliche Bedeutung des Streiks sieht er zunächst in der Zurückdrängung der „christlichen Gewerkschaften“, die sich in einzelnen Branchen wie dem Personentransportwesen als Tarifbrecher betätigen. Genauso wichtig ist ver.di die Verhinderung der Tarife des privaten Personennahverkehrs im öffentlichen Personennahverkehr. Im ersten Bereich werden Busfahrer zum Teil mit Stundenlöhnen von acht Euro abgespeist. Zum Leben kann das nur bei völliger Missachtung aller gesetzlichen Sicherheitsvorkehrungen und Arbeitszeitvorschriften reichen. Die sich häufigen Busunfälle sprechen da eine deutliche Sprache. Und nicht zuletzt ist die offensichtliche Ausländerdiskriminierung im Falle der HBB-Kollegen für ver.di ein Grund, diesen Streik mit allen Mitteln zum Erfolg zu führen. Wobei Beus nicht vergisst zu erwähnen, dass die höhere Kampfbereitschaft ausländischer Kollegen eine wichtige Erfolgsvoraussetzung ist.

Adi Reiher

(aus UZ 2004/16)

„Wir sind hier, um die Betriebsratswahl aufzuhalten“

MÜNCHEN. Zum drittreichsten Mann der Welt kürte das US-Wirtschaftsmagazin Forbes den 84-jährigen deutschen Unternehmer Karl Albrecht. Zusammen mit seinem Bruder Theo ist er Eigentümer des Lebensmitteldiscounters Aldi, dessen Unternehmenswert auf 25 Milliarden Euro geschätzt wird. Das entspricht dem Wert von Allianz, Commerzbank und HypoVereinsbank zusammen. Während Theo Albrecht Herrscher über den Norden ist, verfügt Karl über Aldi-Süd. Nach Theo hat sich auch Karl vor einigen Jahren aus dem operativen Geschäft zurückgezogen und widmet sich dem Golfspiel sowie der Orchideenzucht.

Jedes dritte in Deutschland verkauftes Glas Gurken kommt von Aldi, jede vierte Dose Kondensmilch und jedes vierte Paket Kaffee. Nur Betriebsräte sind Mangelware in den rund 3500 deutschen Aldifilialen. Während im Norden wenigstens zwei Dutzend Filialen über einen Betriebsrat verfügen, versucht das Management in den rund 1500 süd- und westdeutschen Filialen dies weiterhin mit allen Mitteln zu verhindern.

Arbeitssetze und Mobbing gehören bei Aldi zum Alltag. Bis zu 45 Minuten unbezahlter Mehrarbeit müssen die Kassiererinnen neben ihrer regulären Arbeitszeit zur Vorbereitung der Kasse und Endabrechnung aufwenden. Einer Kassiererin, die weniger als 90 Kunden in der Stunde abfertigt, droht eine Rüge. Während die Unternehmensleitung fest in männlicher Hand liegt, besteht die Mitarbeiterschaft bei Aldi in München zu 90 Prozent aus Frauen. Diese müssen sich sexistische Bemerkungen gefallen lassen. „Hat ihr Mann Sie nicht zugedeckt, als er Sie von hinten genommen hat“, warf Filialleiter Tschernutta in Großhadern vor Kunden einer Mitarbeiterin an den Kopf, nachdem sie über Rückenschmerzen klagte. Derselbe Marktleiter nennt eine dunkelhäutige Mitarbeiterin „schwarzer Teufel“.

Aufgrund der schikanösen Arbeitsbedingungen hatten drei Angestellte einer Aldi-Filiale in München-Großhadern die Initiative für einen Betriebsrat ergriffen. Das Management reagierte mit massiven Behinderungen im Vorfeld. Eine Mitarbeiterin wurde am Arbeitsplatz bespitzelt, um herauszufinden, wer hinter der Betriebsratskampagne steckt. Ein Filialleiter drohte mit der Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld. Bei einer Filialversammlung Anfang April weigerte sich der Regionalgeschäftsführer, den Raum zu verlassen und ließ die Belegschaft mehrheitlich gegen die Wahl eines Betriebsrates votieren – ein offener Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz.

Um individuelle Einschüchterungen zu erschweren, beschloss die Dienstleis-

tungsgewerkschaft Verdi, mehrere in einem Bezirk zusammengeschlossene Aldi-Filialen zur gemeinsamen Vorbereitung der Betriebsratswahl zu rufen. Auf den ersten Blick schien die Idee eines Betriebsrates auf Zustimmung zu treffen. Schließlich folgten vergangenen Mittwoch gleich 50 von 54 Wahlberechtigten dem Aufruf zur Betriebsversammlung in einem Münchner Hotel. Doch dann rutschte es einer Kollegin heraus: „Wir sind hier, um die Betriebsratswahl aufzuhalten.“ Bis auf die drei Initiatorinnen stimmten alle anwesenden Mitarbeiter gegen die Gründung eines Wahlvorstandes zur Vorbereitung der Betriebsratswahl.

Es sei eine „Taktik des Arbeitgebers“, meint die für den Discounterbereich zuständige Münchner Verdi-Sekretärin Dagmar Rüdenburg. So seien den Angestellten vom Konzern Taxis gezahlt worden, um an der Versammlung teilzunehmen. Während der Aldi-Regionalgeschäftsführer durch einen Gewerkschaftsanwalt des Raumes verwiesen werden konnte, nahmen die Filialleiter an der Versammlung teil und kontrollierten das Stimmverhalten ihrer Untergebenen.

Jasna Schmidt, die zu den Initiatorinnen der Betriebsratskampagne gehört, wird vom Filialleiter nur noch allein in die Mittagspause entlassen, um sie von ihren Kolleginnen zu isolieren. „Wenn wir nicht rechtzeitig Öffentlichkeit organisiert hätten, wären die Initiatorinnen der Betriebsratswahl längst rausgeflogen“, meint Rüdenburg. Diese Öffentlichkeit kommt der *Süddeutschen Zeitung*, die im Lokalteil über die Schikanen der Unternehmensführung berichtete, jetzt teuer zu stehen. Aufgrund der kritischen Berichterstattung hat Aldi die zweimal wöchentlich erschienene ganzseitige Werbung in der SZ stoppen lassen. Rund 1,5 Millionen Euro Verlust sollen dem Verlag so entstanden sein. Mit einer Verleumdungsklage hatte die Zeitung durchaus gerechnet. Doch da die Berichterstattung der SZ den Tatsachen entsprach und der Discounter die mit einem Prozess verbundene Öffentlichkeit scheut, verlegate sich Aldi auf ökonomischen Druck. Bislang berichtet die SZ weiter über die Vorgänge bei Aldi.

Jetzt geht der Kampf um den Aldi-Betriebsrat in die nächste Runde. Vergangenen Freitag hat Verdi-Anwalt Rüdiger Helm unter Berufung auf das Betriebsverfassungsgesetz beim Arbeitsgericht beantragt, einen Wahlvorstand aus den drei Initiatorinnen der Kampagne sowie Gewerkschaftssekretärin Rüdenburg gerichtlich einzusetzen. In geheimer Wahl könnte die Aldi-Beschäftigten dann zeigen, wie sie wirklich zum Betriebsrat stehen.

Nick Brauns, München

Industrie hofft auf neue Freizügigkeit. HB, Di. 20.4.04. – Die Industrie erwartet, dass Unternehmen ihren Sitz innerhalb der EU verlegen können, ohne dass steuerliche Nachteile drohen. „Wir haben einen Binnenmarkt, und da müssen steuerliche Sitzverlagerungen möglich sein“, so C. Schmid, Steuerexperte des BDI. Die Hoffnung des BDI basiert auf der Aufforderung der EU-Kommission an die Bundesregierung, die deutsche Wegzugsteuer für natürliche Personen abzuschaffen. Heute müssen Steuerpflichtige, die Anteile an einer Kapitalgesellschaft halten, Wertzuwachs bei Wegzug versteuern.

BDI drängt auf Privatisierung der Messen. HB, Do., 22.4.04. – BDI-Präsident Rogowski: „Wenn sich die Messen derzeit gegenseitig die Messeteilnehmer abjagen, dann ist der deutschen Messelandshaft nicht gedient.“ Der Wettbewerb dürfe nicht ruinös werden. Messegesellschaften mit privaten Eigentümern würden besser wirtschaften. Nach Auffassung des Messeverbandes Auma sollte sich die Frage der Privatisierung an den Bedürfnissen der einzelnen Standorte orientieren. Ob die Privatisierung Sinn macht, sei eine Entscheidung der jeweiligen Eigentümer und ihrer strategischen Ausrichtung, so der Vorsitzende des Verbandes, H. Diez.

DIHT bietet Pakt für Ausbildung an. – Der DIHT hat als Alternative zur Ausbildungsplatzabgabe einen „Pakt für Ausbildung“ vorgeschlagen. Nach dem Vorbild des Ausbildungskonsenses in NRW sollten sich Länder, Kommunen, Sozialpartner und die Agenturen für Arbeit verpflichten, auf Länderebene für ein ausreichendes Lehrstellenangebot zu sorgen, sagte L. G. Braun, DIHT-Präsident. Im Gegenzug aber müsse der Gesetzesentwurf „drei Jahre lang in der Schublade bleiben“.

Firmen überdenken Engagement am Golf. HB, Fr./Sa., 23./24.4.04. Die angespannte Sicherheitslage im Irak zwingt auch die deutsche Wirtschaft zum Abzug eines Großteils der Mitarbeiter. Um die laufenden Projekte fortzuführen, suchen Unternehmen nach Alternativen für ihr Engagement im Irak. So schafft die deutsch-arabische Handelskammer derzeit einen Firmenpool in der jordanischen Hauptstadt Amman. Von dort aus soll ein Manager die Interessen der deutschen Unternehmen gebündelt wahrnehmen. Zudem versuchen die Deutschen verstärkt, gemeinsam mit irakischen Partnern als Subunternehmen der großen US-Firmen ins Geschäft zu kommen. Hierbei geht es vor allem um die Reparatur beschädigter deutscher Technologie, z.B. bei Kraftwerken. „Beim Wiederaufbau bleiben die Amerikaner deshalb auf deutsche Firmen angewiesen“, so P. Göpfrich, DAHK-Geschäftsführer.

Presseauswertung: rst

André Brie fordert unabhängige Untersuchung der Folterpraxis US-amerikanischer und britischer Truppen in irakischen Gefängnissen. Der PDS-Europaabgeordnete: Auch Gefangenenauf Lager auf Guantanamo und in Afghanistan einbeziehen.

Angesichts der Berichte über die Folterpraxis US-amerikanischer und britischer Besatzungssoldaten in Irak hat der PDS-Europaabgeordnete André Brie eine unabhängige und umfassende Untersuchung der Vorgänge durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) gefordert. „Große Teile des irakischen Volkes hatten gehofft, mit der Beseitigung des Saddam-Regimes aus der Traufe in den Regen zu kommen. Nun aber müssen sie feststellen, dass sie in der Traufe geblieben sind“, erklärte Brie am Montag in Straßburg. Die von Menschenrechtsorganisationen schon seit längerem vermuteten Menschenrechtsvergehen in irakischen Haftanstalten hätten sich durch die Zeugenaussagen und die Fotodokumente als erschreckende Realität erwiesen.

Der Abgeordnete sprach sich dafür aus, in die Untersuchung auch die US-Gefangenenauf Lager Guantanamo auf Kuba und Bagdad in Afghanistan einzubeziehen. Zudem müssten auch die Privatgefängnisse in dem Land am Hindukusch für Inspektionen geöffnet werden. Brie rief die Bundesregierung und die Europäische Union auf, sich nachdrücklich für die unabhängige Untersuchung einzusetzen und diese zu unterstützen.

Der Brandenburger PDS-Wahlkampfchef Heinz Vietze über die Ziele für den Urnengang am 13. Juni im ND:
Gesetzt den Fall, die PDS verfehlt bei der Europawahl am 13. Juni die Fünf-Prozent-Hürde. Würde das die Chancen der Sozialisten bei der Brandenburger Landtagswahl am 19. September dämpfen?

Darüber denke ich gar nicht nach. Ich gehe davon aus, dass wir fünf Prozent bekommen, und ich kämpfe für sechs Prozent.

Was möchte die Brandenburger PDS bei dem Urnengang erreichen?

Wir wollen auf märkischem Territorium mindestens 25 Prozent und damit unseren Beitrag für sechs Prozent bundesweit leisten. Die Bürger in der BRD wünschen sich eine Alternative. Sie möchten jemanden, der die Politik des Sozialabbaus korrigiert. Das wird sich auch schon bei der EU-Wahl für uns auswirken.

Was tut die Brandenburger PDS dafür, am 13. Juni tatsächlich ein Viertel der Stimmen zu bekommen?

Wir wollen die Brandenburger und Brandenburgerinnen motivieren, sich dem Sozialabbau entgegenzustellen

und für mehr soziale Gerechtigkeit zu streiten. Wir wollen erreichen, dass die Menschen in Brandenburg bleiben. *Spielen Probleme und Besonderheiten des Bundeslandes bei der EU-Wahl eine Rolle?*

Ein Thema wird die EU-Osterweiterung sein. Wir Brandenburger diskutieren da die Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn. Am 1. Juni veranstaltet die PDS Aktionen entlang der sieben Brücken über die Oder in Städten wie Guben, Frankfurt (Oder) und Forst.

Von der Beratung des Parteivorstandes am 26. April 2004.

Seit geraumer Zeit arbeitet die Statutenkommission daran, die PDS statutarisch auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Im Februar veröffentlichte sie 12 Grundsätze (siehe Pressedienst 9/2004). Nun wollte sich der Vorstand gemeinsam mit Vertretern der Kommission besonders zu vier Punkten verständigen. Das betraf die Neugliederung der Entscheidungsstrukturen, den Delegierten schlüssel für Parteitage, Urabstimmungen und den Status von Zusammenschlüssen. Nach einer Diskussion mit Hans-Henning Adler, Diether Dehm und Jens Matthies von der Statutenkommission formulierte der Vorstand einige Fragen und Anregungen. (Veröffentlichung in einem der nächsten Pressedienste). Er bat die Mitgliedschaft, sich ebenfalls mit der Problematik zu befassen. ...

Vom Wahlkampf gab es viel Neues: Gerade am Vormittag war der alte englische Doppelstockbus (links einsteigen!) in Knallrot gestartet. Er wird auf einer Tour von rund 7.000 Kilometern gut 90 Städte anfahren, vor allem im Westen. Wahlkampf-Chef André Brie berichtete weiter über die Wahlkampfzeitung (gerade in Druck gegangen), über mehr als 100.000 Plakate (gerade fertig geworden), verschiedene Flyer (einer wird ins Kurdische übersetzt) und den Kinospot („Uraufführung“ am 30. April). 17 Wahlprüfsteine mit 120 Fragen sind beantwortet. Vermisst wird nur noch die richtige Wahlkampfstimmung.

Die Zukunft der Partei kam unter dem Stichwort „Parteireform“ in die Diskussion. Achim Bittrich vom entsprechenden Ausschuss gab einen Zwischenbericht. Er machte deutlich, worum es geht: um die geistige, kulturelle und strukturelle Öffnung der Partei. Deutlich gesprochen sind das die (Über-)Lebensfragen der PDS. Ein im Ausschuss erarbeitetes Leitbild wird zur Diskussion gestellt (auch demnächst im Pressedienst).

Die Unterschriftenaktion gegen die Praxisgebühr wird zunächst bis zum 1. Mai fortgeführt, um unser Ziel, 100 000 Unterschriften, zu erreichen.

Zusammenstellung: jöd

Hans Waschkau

Bei der „Aufklärung“ handelt es sich eine Bewegung des Bürgertums, in deren Tradition wir auch heute noch stehen. Die größten Erfolge dieser Bewegung waren die Befreiung der USA von der englischen Kolonialherrschaft (1775–1783) und die französische Revolution (1789–1792). Die Aufklärung wollte Licht bringen in das finstere, von Gottes- und Abergläubischen beherrschte Mittelalter. Das englische Wort für Aufklärung lautet bezeichnenderweise „enlightenment“, wörtlich übersetzt heißt dies „Erleuchtung“.

Für die jüdisch-deutschen Philosophen Max Horkheimer (1895–1973) und Theodor W. Adorno (1903–1969) aber war das Licht, das die Aufklärung gebracht hatte, von einer anderen Qualität. Unter dem unmittelbaren Eindruck des Holocaust schrieben sie während des Zweiten Weltkrieges in dem Werk „Dialektik der Aufklärung“: „Seit je hat Aufklärung im umfassendsten Sinn fortschreitenden Denkens das Ziel verfolgt, von den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen. Aber die vollends aufgeklärte Erde strahlt im Zeichen triumphalen Unheils.“¹ Horkheimer und Adorno halten den im Deutschen Dritten Reich industriell organisierten Massenmord an Juden, an Sinti und Roma und an vielen anderen nicht für einen Rückfall ins Mittelalter, sondern für eine Begleiterscheinung der Aufklärung selber. In dem Werk „Dialektik der Aufklärung“ versuchen sie die Frage zu klären, wie sich die Aufklärung so fehlerhaft entwickeln konnte.

Am Beispiel der Kunst können ganz gut einige Kritikpunkte Horkheimers und Adornos an der Aufklärung gezeigt werden. Deshalb möchte ich kurz darlegen, welche Umbrüche das Sehen und das Denken im abendländischen Kulturkreis erlebt hat. Auf diese Weise kann ich indirekt auch ein wenig über den Hintergrund meiner Bilder sagen. Den Titel dieser Ausstellung habe ich dem Zitat von Horkheimer und Adorno entnommen, weil es sehr gut die Stimmung in vielen meiner Bilder wiedergibt.

In der Ästhetik des Mittelalters spielt das Licht die zentrale Rolle

Beginnen möchte ich mit dem Mittelalter, das von der Aufklärung erleuchtet werden sollte. Ökonomisch war damals nur die Landwirtschaft bedeutsam, die nicht in der Lage war, größere Städte mit zu ernähren. Die Herrschaftsverhältnisse waren feudalistisch: Grund und Boden gehörte den Feudalherren, die Bauern waren Bestandteil des Bodens und zur Arbeit für ihre Herren verpflichtet. Im Laufe des Mittelalters wurde das Christentum zur Religion von fast ganz Europa.

Die Ästhetik des Mittelalters war von der Religion geprägt und rechtfertigt den

„.... die vollends aufgeklärte Erde strahlt im Zeichen triumphalen Unheils“

Begriff „finsternes Mittelalter“ in keiner Weise: Die zentrale Rolle spielte darin das Licht². Maßgeblich war dafür die Schrift eines unbekannten griechischen Autors „Die Namen Gottes“, die vermutlich gegen Ende des 5. Jahrhunderts entstanden ist. In immer neuen Wendungen wird darin das von Gott kommende Gute mit dem Sonnenlicht verglichen, das alles Lebendige erleuchtet, erschafft, belebt, zusammenhält und vollendet. Licht war dem nicht sichtbaren Gott wesensverwandt und genoss besondere Wertschätzung. Als schön galt alles, was den Lichtcharakter in besonderem Maße zum Ausdruck brachte.

Kunst hatte die Aufgabe, im Licht die sinnliche Schönheit der Welt vor Augen zu führen. Allerdings ließ die sichtbare Schönheit die Schönheit Gottes erahnen, war zugleich deren Abglanz und Vorschein und verwies auf Gott als ihren Urheber, als den Schöpfer einer ihrem Wesen nach guten Welt. Damit hatte die Kunst eine heikle Aufgabe – bei der Darstellung der sinnlichen Schönheit musste zugleich das Wirken des Unsichtbaren im Sichtbaren, die Spuren Gottes in der Welt dargestellt werden. Es war etwas ins Bild zu setzen, was sich eigentlich seinem Wesen nach nicht ins Bild setzen lässt. Um diese Aufgabe zu bewältigen, musste es

der Kunst gelingen, sichtbare Wirklichkeit nachzuahmen und zugleich deutlich zu machen, dass ihr wahrer Gegenstand ein im Nachgeahmten nur Angedeutetes und von ihm wesentlich Verschiedenes ist. Das ist der Grund für den Hang mittelalterlicher Kunst zu Formen uneigentlicher Darstellung (v.a. Symbol und Allegorie).

Die Ästhetik des Mittelalters wurde in Westeuropa im 12. Jahrhundert noch einmal gesteigert. Bis dahin wurde Licht vor allem mit lichtdurchwirkt Materialien wie Gold, Edelsteinen und bemalten Marmor dargestellt (ein Beispiel dafür ist die Ikonenmalerei), in den düsteren romanischen Kirchen konnte es sich aber nur mit Mühe gegen die Gesteinsmassen behaupten. In den neuen gotischen Kathedralen trug jetzt das Licht einen triumphalen Sieg davon. Alles darin strebte zur Auflösung des Stofflichen und damit zur Erhebung des Geistes zum Göttlichen.

Ab etwa 1400 empfindet das Bürgertum der Städte Religion als Fessel

Es ist schon sonderbar, dass eine Epoche, in der das Licht eine derart große Rolle gespielt hat, später als das „Finstere Mittelalter“ bezeichnet wurde. Der Grund dafür war die große Rolle, die Re-

ligion für die Menschen dieses Zeitalters gespielt hatte. Im Mittelalter galt als Grundlage allen Wissens die Bibel, mit der alle wissenschaftlichen Erkenntnisse im Einklang stehen mussten. Die Philosophie war ähnlich wie die Kunst eng mit der Theologie verknüpft. Ihre Grundlage war die christliche Lehre, die es zu verteidigen und rational zu begründen galt.

Da im Mittelalter die Produktivität der Landwirtschaft so weit entwickelt wurde, dass große Städte wieder möglich wurden, begann sich dort ab etwa dem Jahr 1400 das Bürgertum als eigene Klasse herauszubilden. Diese Klasse empfand die enge Kopplung der Erkenntnis an die Religion als Fessel, die es zu beseitigen galt. Dazu war Kampf nötig, da das Führungspersonal der Kirche zur Klasse der Feudalherren gehörte und die Oberhoheit der Religion über das Denken verteidigte.

Bekannt ist vielleicht das Schicksal von Giordano Bruno (1548–1600) und von Galilei Galileo (1564–1642), die anzweifelten, dass sich die Sonne um die Erde dreht. Bruno wurde in Rom als Ketzer verbrannt; Galilei wurde 1633 gezwungen, seine astronomischen Entdeckungen vor dem Inquisitionsgericht in Rom zu widerrufen. Dieses Beispiel zeigt, wie heftig es damals zuging. Es ist kein Zufall, dass es sich dabei um zwei Italiener handelt – die Städte Norditaliens waren damals im christlichen Europa am weitesten entwickelt. Dort war das jetzt einsetzende neue Denken mit einer Rückbesinnung auf Errungenschaften der Antike verbunden – später wurde die nun beginnende neue Epoche deswegen als „Renaissance“, auf deutsch Wiedergeburt, bezeichnet. Das Mittelalter wurde als Unterbrechung betrachtet und als dunkle Epoche ausgegrenzt.

Erfindung der Zentralperspektive

In der bildenden Kunst – vor allem in Norditalien – lässt sich das neue Denken am besten beobachten. Während sich in vielen anderen Bereichen zunächst keine scharfe Trennung zum Mittelalter ausmachen lässt, kam es dort zu vielen epochenmachenden Neuerungen. Eine der wichtigsten war die im frühen 15. Jahrhundert von Architekten und Malern erfundene Zentralperspektive, die eine bildliche Tiefenillusion schafft und es erlaubt, Mensch und Dinge proportional getreu im Raum darzustellen. Gegenüber dem durch Symbole und Bildformeln strukturierten Imaginationsverfahren der mittelalterlichen Malerei beruht das perspektivische Abbildungsverfahren auf dem jeweils bestimmten Verhältnis von Bildgegenstand, Bildfläche und Augenpunkt des Beobachters und macht das



Holzschnitt von Albrecht Dürer (1471–1528), in dem gezeigt wird, wie sich perspektivische Verkürzungen darstellen lassen. Der Zeichner gibt die Figur so wieder, wie sie im Rahmen erscheint, die Stange unmittelbar vor ihm dient zur Markierung der Augenposition, die nicht verlassen werden darf.

Bild zur „Funktion“ dieser Elemente. Als wissenschaftlich-rational wurde eine Definition des Bildes empfunden, nach der es dann ein genaues Bild der Wirklichkeit ist, wenn es so wie im Sehen erscheint.³

Die Konstruktion der Zentralperspektive offenbart ein Verhältnis des Menschen zur Welt, an dem sich bereits die meisten kritischen Punkte der späteren „Aufklärung“ zeigen lassen, wie sie in dem Werk „Dialektik der Aufklärung“ von Horkheimer und Adorno heraus gearbeitet wurden.

Bei der Zentralperspektive richtet sich die Welt nach dem Betrachter

Spontan würde man vermuten, dass Menschen, die die Welt erkennen wollen, sich dabei nach den Eigenheiten der Welt richten müssen. Bei der Zentralperspektive ist dies genau umgekehrt: Horizont und Fluchtpunkt richten sich nach dem Betrachter. Dieses Verhältnis ist hierarchisch: der Betrachter will die Welt, die er sieht, benutzen. Ein Zitat des englischen Philosophen Francis Bacon (1561–1626), der zu den Vorläufern der Aufklärung gehört, zeigt, in welche Richtung sich dieses Verhältnis dann weiter entwickeln sollte: „Heute beherrschen wir die Natur in unserer bloßen Meinung und sind ihrem Zwange unterworfen; ließen wir uns jedoch von ihr in der Erfindung leiten, so würden wir ihr in der Praxis gebieten.“⁴ Es geht um die Entfaltung des Menschen als Selbst, als handelndes Subjekt, dem die gesamte Natur als manipulierbares Objekt zur Verfügung steht.

Der Blick, den der Betrachter in der Zentralperspektive auf den Horizont richtet, wirft sofort die Frage auf, was denn hinter dem Horizont liegt. Die mittelalterliche Auffassung, die Welt sei eine Scheibe, wurde nicht mehr akzeptiert. Ein Landsmann der Erfinder der Zentralperspektive, Christoph Kolumbus (1451–1506) aus Genua, entdeckte auf der Suche nach einem Seeweg von Europa nach Indien Amerika. Dem Entdecker folgten sofort die Eroberer – zunächst wurden vor allem die Völker Amerikas und Afrikas grausamst unterdrückt. Höhepunkt der Eroberungswelle, die mit der Neuzeit begann, war zweifellos der Versuch Deutschlands, unter der Führung von Adolf Hitler nach der Weltherrschaft zu greifen. Das Bestreben der NATO-Staaten, in Jugoslawien, Afghanistan und im Irak Protektorat zu errichten, zeigt, dass dieser Eroberungsdrang immer noch aktiv ist.

Allerdings bekommt auch den Eroberern das Herrschen nicht besonders gut: Es führt zur Gewöhnung an Unterordnung. So sollten im Dritten Reich die Deutschen das Herrenvolk sein – und wurden doch auf eine bisher noch nicht bekannte Weise selber unterdrückt. Der Status als Herrenvolk war nur attraktiv im Vergleich zu den Völkern, die für die Sklaverei oder sogar für die Vernichtung vorgesehen waren.

Eine Entwicklung weg vom Denken hin zu Regeln

Die Zentralperspektive ist ein Verfahren, mit dem auf mathematische Weise die Größe jedes im Bild dargestellten Gegenstandes konstruiert werden kann. Der amerikanische Kunst- und Gestalt-Psychologe Rudolf Arnheim (geb. 1904, er stammt ursprünglich aus Deutschland), bezeichnet ihre Entdeckung als Anzeichen „einer gefährlichen Entwicklung im westlichen Denken. Sie kennzeichnete eine wissenschaftlich ausgerichtete Vorliebe für das mechanische Reproduzieren und für geometrische Konstruktionen auf Kosten schöpferischer Bildvorstellungen.“⁵ Im Grunde ist es bei diesem Verfahren nicht mehr erforderlich, sich klar zu machen, was eigentlich dargestellt wird. Die Zentralperspektive ist typisch für die Entwicklung, die die Wissenschaft unter dem Einfluss der Aufklärung nimmt und die von Horkheimer und Adorno auf folgende Weise beschrieben wird: „Auf dem Weg zur neuzeitlichen Wissenschaft leisten die Menschen auf Sinnverzicht. Sie ersetzen den Begriff durch die Formel, Ursache durch Regel und Wahrscheinlichkeit.“⁶ Ziel ist das Herausfinden von Regeln, die man ohne Nachdenken anwenden kann. Dies bereitet den Weg dafür, dass so dümmliche Parolen wie „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“ oder „Die Juden sind an allem schuld!“ für glaubwürdig gehalten werden.

Mit der Zentralperspektive und der gleichzeitig entstandenen Auffassung, Wirklichkeit sei das, was man sieht, wird der Positivismus vorweggenommen, eine philosophische Richtung, die Mitte des 19. Jahrhunderts begründet wurde⁷ und die als Grundlage der Erkenntnis nur das Wahrgenommene anerkennt. Gesetzmäßigkeiten (z.B. ein physikalisches Gesetz) sollen in mathematischen Formeln ausdrückbar sein und durch Experimente und Beobachtungen erkannt werden. Horkheimer und Adorno beschreiben die Folgen dieses Ansatzes: „Die Weltherrschaft über die Natur wendet sich gegen das denkende Subjekt selbst ... Das abstrakte Selbst, der Rechtstitel aufs Protokollieren und Systematisieren hat nichts sich gegenüber als das abstrakte Material, das keine andere Eigenschaft besitzt als solchem Besitz Substrat zu sein.“⁸

Was beim positivistischen Herangehen auf der Strecke bleibt, ist die Erkenntnis selber, die Fähigkeit, sich einen Begriff von dem zu bilden, was ist. Dazu gehört auch das Vermögen, die Gegebenheiten „als die Oberfläche, als vermittelte Begriffsmomente zu denken, die sich erst in der Entfaltung ihres gesellschaftlichen, historischen, menschlichen Sinnes erfüllen ...“⁹ Das Ersetzen von Erkenntnis durch bloßes Wahrnehmen, Klassifizieren und Berechnen führt zu geistiger Verkümmерung. „Die Gleichung von Geist und Welt geht am Ende auf, aber nur so, dass ihre beiden Seiten gegeneinander

gekürzt werden. ... Was als Triumph subjektiver Rationalität erscheint, die Unterwerfung alles Seienden unter den logischen Formalismus, wird mit der gehorsamen Unterordnung der Vernunft unters unmittelbar Vorfindliche erkauft.“⁹

Heute wird die Entstehung der modernen bildenden Kunst oft mit einem Überdruss an der perspektivischen Malerei erklärt. Dies ist sicher nicht verkehrt – umgekehrt kann aber die moderne Kunst, die über Jahrzehnte auf Bedeutung verzichtet und Innovation nur noch im Formalen gesucht hat, auch als konsequente Fortführung einer Entwicklung angesehen werden, die mit der Erfindung der Zentralperspektive begonnen hat.

Aufklärung – Fehlentwicklung oder Entwicklung des Denkens?

Es ist jetzt an der Zeit, meine Kritik an der Perspektive ein wenig zu relativieren. Natürlich ist die Erfindung der Zentralperspektive nicht schuld an all den negativen Erscheinungen, die ich dargestellt habe. An ihr können zwar viele Merkmale der Denkweise des Bürgertums demonstriert werden, aus der später die „Aufklärung“ wurde. Das Problem ist aber vielmehr die innere Logik dieser Denkweise. Sie hat sich zudem in vielen Erscheinungsweisen gezeigt, die alle zusammen gewirkt und so die beschriebenen negativen Erscheinungen noch verstärkt haben. Es wäre ungerecht, Maler, die heute die Perspektive verwenden, für die Auswirkungen der Aufklärung haftbar zu machen. Allerdings wäre es schon praktisch, wenn sich solche Maler ein wenig der damit verbundenen Probleme bewusst sind.

Auch die Rolle der Aufklärung war nicht einfach negativ, sondern gleichzeitig auch positiv. Menschenrechte und Demokratie in ihrer heutigen Form sind Ergebnis der Aufklärung – paradoxerweise aber auch ihre ständige Bedrohtheit. Die Entwicklung der Produktivität der menschlichen Arbeitskraft unter ihrem Einfluss war beispiellos in der Menschheitsgeschichte. Sie erfolgte aber nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern weil sich das Bürgertum dadurch einen größeren Mehrwert aneignen konnte.

Damit sich die negativen Folgen der Aufklärung voll entfalten konnten, war ein zweites Kind des Bürgertums nötig, das mit der Zentralperspektive nur wenig zu tun hat. Es handelt sich um die Arbeitsteilung in den Fabriken, die ihren Höhepunkt mit der Einführung des Fließbandes erreichte. Sie hat zwar den Fortschritt der Produktion möglich gemacht, gleichzeitig aber zum Rückschritt bei allen an der Produktion Beteiligten geführt. Horkheimer und Adorno beschreiben dies auf folgende Weise: „Die Menschheit, deren Geschicklichkeit und Kenntnis mit der Arbeitsteilung sich differenziert, wird zugleich auf anthropologisch primitivere Stufen zurückgezwungen, denn die Dauer der Herrschaft be-



Caravaggio, *Martyrium Petri*, 1601, 230 x 117 cm, Leinwand, Rom, S. Maria del Popolo, Cerasi-Kapelle

dingt bei technischer Erleichterung des Daseins die Fixierung der Instinkte durch stärkere Unterdrückung. Die Phantasie verkümmert ... Der Fluch des unaufhaltsamen Fortschritts ist die unaufhaltsame Regression.¹⁰

Welche großen Ziele die Aufklärung verwirklichen wollte, wird z.B. daran deutlich, wie der deutsche Philosoph Immanuel Kant (1724–1804) diese definiert hat: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen.“¹¹ Heute muss man feststellen, dass dieses Anliegen im Wesentlichen gescheitert ist. Wer heute fortschrittliche Politik mit der Tradition der Aufklärung begründen will, sollte die 1944 formulierte Kritik von Horkheimer und Adorno bedenken: „Wir hegen keinen Zweifel ..., dass die Freiheit in der Gesellschaft vom aufklärenden Denken unabtrennbar ist. Jedoch glauben wir, genauso deutlich erkannt zu haben, dass der Begriff eben dieses Den-

kens, nicht weniger als die konkreten historischen Formen, die Institutionen der Gesellschaft, in die es verflochten ist, schon den Keim zu jenem Rückschritt enthalten, der heute überall sich ereignet. Nimmt Aufklärung die Reflexion auf dieses rückläufige Moment nicht in sich auf, so besiegt sie ihr eigenes Schicksal.“¹²

Gerade die sozialistische Bewegung hat es dringend nötig, diese Kritik zu berücksichtigen. Bei dem Versuch, sich aus dem Waffenarsenal der Aufklärung zu bedienen, hat sie mehrmals kräftig daneben gegriffen. So war z.B. das demokratiefeindliche Staatsmodell der realsozialistischen Staaten eine Weiterentwicklung der Diktatur des Wohlfahrtsausschusses in der französischen Revolution (1793–1794), die auch unter der Bezeichnung Schreckenherrschaft bekannt ist. Die Planwirtschaft, die selbständige Initiativen der Mitglieder der realsozialistischen Gesellschaften erdrückt hat, war die Übertragung der Arbeitsteilung in den großen Unternehmen auf die gesamte Gesellschaft.

Was wird aus dem Licht des Mittelalters in der Neuzeit?

Ich möchte nach diesem Exkurs zum Gedankengang meines Beitrages zurückkehren, in dem es um Umbrüche in der Art des Sehens und des Denkens im abendländischen Kulturkreis geht. Während in der Ästhetik des Mittelalters das Licht als etwas dem nicht sichtbaren Gott Wesensverwandtes im Mittelpunkt stand, rückte die Ästhetik der Neuzeit mit der Erfindung der Zentralperspektive auf radikale Weise das irdische Leben in den Vordergrund. Trotzdem verschwand das Licht des Mittelalters nicht spurlos.

Während sich jedoch die Menschen des Mittelalters ihres Gottes sicher waren, wird das Licht jetzt geheimnisvoll, so z.B. bei Leonardo da Vinci (1452–1519). „Leonardo geht bei der Realisierung der Körperhaftigkeit nicht von einer Beleuchtungs-Situation, sondern von einem gedämpften Licht aus, das für die Figuren im Raum ein Gefälle von Helligkeitswerten nach der Tiefe schafft.“¹³ „Die von [Leonardo] entwickelte Malweise („sfumato“, italienisch „rauchig“) lässt die Dinge mit weichen Umrissen in gedämpfter Farbigkeit, wie in zarten Dunst gehüllt, erscheinen.“¹⁴ Dies ist einer der Gründe, warum das Lächeln der Mona Lisa so geheimnisvoll ist.

Der mehr als ein Jahrhundert später geborenen Italiener Caravaggio (eigentlich Michelangelo Merisi, 1571–1610) verwendet das Licht weitaus radikaler, wie Jutta Held, Professorin für Kunstgeschichte in Osnabrück, gezeigt hat: In Caravaggios meist für Kirchen gemalten Bildern „erfüllt [es] nicht als atmosphärisches Fluidum den Raum, sondern es fällt als ein gebündelter Strahl in die Dunkelheit, der sich an einzelnen Körpern bricht, sie scharf umreißt und hervorhebt, aber keine Zwischentöne und Zwischenräume erzeugt. ... Durch das Licht kann das spirituelle Zentrum seiner dramatischen Szenen akzentuiert werden, das ansonsten kaum erkennbar wäre. Gerade die subjektive, ins Innere genommene Religiosität wird durch das Licht zugänglich gemacht.“¹⁵

Caravaggio malte aber Heilige nicht idealisiert, sondern er zeigte auch Spuren des Alters, von Marterung und Geißelung und damit ihre menschliche und physische Bedingtheit. Seine „radikale Lichtregie“ trug zusätzlich dazu bei, die Heiligen als Menschen erscheinen zu lassen, die den zeitlichen Gesetzen unterworfen sind wie jedes Lebewesen. ... Andererseits trägt das Licht auch wieder dazu bei, die Heiligen, die oft so merklich Spuren körperlichen Verfalls und sozialer Niedrigkeit zeigen, zu resakralisieren. Caravaggio setzt es ein, um eine transzendenten Wirklichkeit zu evozieren [d.h. hervorzurufen – H.W.], die sich in seinen Bildern nur selten in körperlicher Gestalt offenbart, sondern zu einer subjektiv erfahrenen Wirklichkeit wird.“ Caravaggio und seine Schüler im 17. Jahrhundert – der prominenteste war Rembrandt (ei-

gentlich Rembrandt Harmenszoon van Rijn, 1606–1669) – beginnen damit, die „Welt in eine irdische, empirisch wahrnehmbare, und eine metaphysische, die dem normalen Auge verschlossen ist“, zu trennen und fragen so „nach der Reichweite sinnlicher Erkenntnis“. (15)

Das Licht behält seinen religiösen Charakter auch später, so z.B. in der Romantik bei Caspar David Friedrich (1774–1840), der es verwendet, um die Versenkung eines Menschen in die Natur ins Religiöse zu steigern, wobei die Landschaft Stimmungen und Sehnsüchte der dargestellten Menschen zum Ausdruck bringt.¹⁶ Sogar in den Bildern des Impressionismus, wo ein Gegenstand in seiner augenblicklichen Erscheinungsform und in einem zufälligen Ausschnitt erfasst wird, wo Licht und Bewegung die Konturen auflösen und wo dazu die Reflexe des vielfach gebrochenen Lichts dargestellt werden, erhält die Flüchtigkeit des Augenblicks durch die Darstellung im Bild den Charakter von etwas Ewigem.¹⁷ Erst in der modernen Kunst verschwand das Licht, da zusammen mit der Bedeutung von Bildern auch Göttlichkeit und Geheimnis überflüssig wurden. Auch in dieser Beziehung ist die moderne Kunst ein Kind der Aufklärung, die den Menschen die Angst vor dem Unbekannten nehmen und deshalb das Unbekannte gleich ganz beseitigen wollte.

Licht ist tatsächlich geheimnisvoll

Allerdings lässt sich mit Hilfe des Lichtes zeigen, dass das Geheimnis durchaus seine Berechtigung hat. Die Naturwissenschaft hat sich lange mit dem extrem unanschaulichen Charakter der Lichtquanten herumgeschlagen, die sich weder mit dem Bild der Welle noch mit dem Bild des Teilchens vollständig beschreiben lassen. Obwohl sich das Phänomen Licht – anders als die Lichtquanten – über mangelnde Anschaulichkeit nicht beklagen kann, war es dennoch äußerst schwierig zu verstehen, worum es sich dabei eigentlich handelt. Da die Naturwissenschaften in der Tradition des Positivismus standen und somit davon ausgegangen sind, Wirklichkeit sei das, was wir sehen, war die Frage, wie wir denn überhaupt sehen, lange Zeit kein Thema bei der Frage nach der Natur des Lichtes, obwohl doch Licht erst durch unsere Wahrnehmung zu Licht wird.



Soldat (Hans Waschkau)

Um die visuelle Wahrnehmung oder Perzeption geht es in der Theorie vom „Perzeptionismus“, die der Amerikaner Faber Birren (1900–1988) entwickelt hat. In seinem Buch „Schöpferische Farbe“ werden Erscheinungen wie Glanzeffekt, Leuchten, Schillern und farbiges Licht erklärt. Dort erläutert er den Begriff „Perzeptionismus“ am Beispiel der Farben, die ebenfalls ein Lichtphänomen sind: „Die Kunst der Farbe hat vieles den Psychologen zu verdanken, denn sie haben die Eigenarten des menschlichen Sehvorgangs enthüllt. Sie betrachten Farbe als sehr persönliche Gefühlempfindung, auch wenn die Wirkung von der Lichtquelle abhängig ist. Farbe ist – in anderen Worten – eine Interpretation des Auges und des Geistes, eine innere Reaktion, die wenig mit Physik und Chemie zu tun hat.“¹⁸

Bereits 1950 hatte Birren lapidar festgestellt: „Forschung zu den psychologischen Aspekten von Farbe ist aus dem einfachen Grunde schwierig, [weil] die menschlichen Emotionen fluktuieren und sich die psychische Beschaffenheit der Menschen von Person zu Person unterscheidet.“¹⁹ Damit ist das Sehen von Farbe und auch von Licht etwas ganz Privates: Wie ich etwas sehe, ist mein Geheimnis, zu dem andere Menschen keinen Zugang haben – genauso wenig kann ich

aber wissen, wie andere etwas sehen. Dies erinnert auf eine überraschende Weise an die Trennung der „Welt in eine irdische, empirisch wahrnehmbare, und eine metaphysische, die dem normalen Auge verschlossen ist“¹⁵, wie sie in der Verwendung des Lichtes bei Malern wie Caravaggio und Rembrandt anklang.

Menschliche Wahrnehmung kann Wirklichkeit nur rekonstruieren

Ich habe bei der Darstellung der Zentralperspektive bereits dargelegt, dass für die Aufklärung und vor allem für den Positivismus Wirklichkeit das ist, was man sieht, und dass das Wahrgenommene die Grundlage aller Erkenntnis ist. Die Überlegungen von Faber Birren zeigen, dass diese Annahme verkehrt ist. Was Birren am Beispiel der Farbe gezeigt hat, lässt sich verallgemeinern: Wir nehmen nämlich die Welt um uns herum nicht so wahr, wie sie ist. Unsere Wahrnehmung ist vielmehr – wie es der Bielefelder Soziologieprofessor Helmut Willke ausdrückt – an „die eigenen Mittel des Beobachtens und Verstehens gebunden“²⁰. Wir können die Welt um uns nicht unmittelbar erkennen, sondern sie mit unserer Wahrnehmung nur rekonstruieren.

Dies hat mehrere Konsequenzen: Was wir wie wahrnehmen, richtet sich nicht nach den beobachteten Phänomenen, sondern nach uns selber. Wir können deshalb etwas nur dann wahrnehmen, wenn es für uns in irgend einer Weise bedeutsam ist. Phänomene, auf die dies nicht zutrifft, nehmen wir auch nicht wahr. Um die Frage zu beantworten, was wir eigentlich beobachten, ist es nötig, das Beobachtete bezeichnen und beschreiben zu können. Damit wird es von uns als eine Einheit erkannt, z.B. als Stein, als Tisch oder als Frosch.

Die interne Funktionslogik der wahrgenommenen Einheit muss allerdings erst erschlossen werden. Da der Beobachter keinen unmittelbaren Zugang zu dem Beobachteten hat, ist dies eine eigenständige Leistung des Beobachters, die von dem Beobachteten lediglich angeregt wird. Es gibt deswegen keine Garantie, dass die Funktionslogik des Beobachteten zutreffend erschlossen wurde. Dieses Verfahren ist sogar sehr fehleranfällig: Fehlschlüsse sind leicht möglich, es kann sogar passieren, dass dem Beobachteten zu Unrecht etwas übergestülpt wird, was aus ganz anderen Beobachtungen stammt.

Der Schweizer Professor

für Organisation und Management Gilbert Probst beschreibt die Konsequenzen in folgender Weise: „Es zeigt sich, dass die Wahrnehmung zwar ganzheitlich ist, wir aber nicht das Ganze sehen; sie ist abhängig von Erfahrungen, Erwartungen, Einstellungen usw.; sie ist selektiv; und sie ist strukturbestimmt. Es ist eine Perspektive, die zur Bescheidenheit, Zurückhaltung und zu einer Besinnung auf die Grenzen des Möglichen mahnt“²¹.

Menschliche Wahrnehmung funktioniert kooperativ besser

Die Unvollkommenheit der eigenen Wahrnehmung kann ein wenig gemildert werden durch den Vergleich mit der Wahrnehmung anderer Menschen. Wenn ich mit anderen darüber rede, wie sie die gleiche Sache wahrnehmen, habe ich sowohl die Chance, auf Fehlinterpretationen aufmerksam zu werden, wie auch die Möglichkeit, dadurch neue Seiten der Wirklichkeit zu entdecken, die mir entgangen sind, weil sie mir keinen unmittelbaren Nutzen bringen.

Die Aufklärung hat mit ihrer Auffassung, Wirklichkeit sei das, was man sieht, die Beschränktheit der menschlichen Wahrnehmung außer acht gelassen. Durch die starke Betonung von Herrschaft hat sie sich zudem der Möglichkeit beraubt, diesen Fehler in der Praxis zu korrigieren und das Potential an verschiedenen Sichtweisen zu nutzen. So können z.B. in einer Fabrik die Sichtweisen aller Beteiligten nicht mehr zur Geltung kommen, wenn alle so denken müssen wie der Chef. Auf einen wichtigen Schutzmechanismus gegen unerwartete Nebenwirkungen wie auch gegen riesige Pleiten wird damit ohne Not verzichtet. Wozu dies führt, hat man z.B. aktuell beim System zum Erfassen der LKW-Maut „Toll Collect“ sehen können.

Die Aufklärung, die den Menschen zum Herrscher machen wollte, hat einseitig das Verhältnis Subjekt/Objekt zu stärken versucht. Die Folge war, dass das Subjekt geschwächt wurde und sich am Ende alle letztendlich als Objekt wieder fanden. Widerstand gegen den Missbrauch von Menschen, z.B. als Kostenfaktor oder als Lustobjekt, ist auf dieser Basis nicht möglich. Dagegen kann die Erkenntnis, dass sich die Menschen gegenseitig brauchen, weil sich gemeinsam die Wirklichkeit besser erkennen lässt, das Verhältnis der Menschen untereinander verändern. Mitmenschen, die als Bereicherung begriffen werden, weil sie helfen können, die eigene unvollkommene Wahrnehmung zu verbessern, können nicht mehr als Objekt behandelt werden. Es wird vielmehr eine Beziehung von Mensch zu Mensch gefördert, die Horkheimer und Adorno als Beziehung zwischen Seiendem bezeichnet haben. Während die Beziehung Subjekt/Objekt die Grundlage von Herrschaft und Unterordnung ist, werden in der Beziehung von Seiendem alle Beteiligten als gleichberechtigt anerkannt.

Konsequenzen für die Politik

Die Vorteile von kooperativ organisierter Wahrnehmung wirken sich auch im politischen Bereich aus. So ist es kein Zufall, dass eine Partei wie die PDS, die für soziale und solidarische Politik eintritt, vom Anspruch her eine pluralistische Partei sein will, in der die Sichtweisen von vielen Strömungen in Programmatik und Politik einfließen sollen. Dieser Politikansatz ist keineswegs einfach, bedeutet er doch einen radikalen Bruch mit der Tradition der Aufklärung, die seit mehr als einem halben Jahrtausend gepflegt wird. Die Vorgängerpartei der PDS im Osten hat noch vor gut eineinhalb Jahrzehnten ein auf Herrschaft gegründetes Parteiverständnis gepflegt. Immerhin wurde dort die Erfahrung gemacht, dass es so nicht geht. Im Westen, wo diese Erfahrung so nicht vorliegt, hat es ständig Versuche von einzelnen Strömungen gegeben, die Partei zu beherrschen. Das bekannteste Beispiel ist sicher die Liste Links in Hamburg, aber auch hier in München hat es in dieser Beziehung mehrmals Probleme gegeben.

Es wäre aber wirklich tragisch, wenn uns der Übergang zu einer pluralistischen und diskursiven Partei nicht gelingen würde. Wie sollen wir denn z.B. erfolgreich dafür werben, dass man mit anderen Völkern friedlich und ohne Beherrschungsversuche auskommen kann, wenn uns bereits in der eigenen Partei ein herrschaftsfreies Verhältnis zwischen den verschiedenen Strömungen nicht glücken sollte? Nicht nur fortschrittliche Parteien wie die PDS sollten einen pluralistischen und diskursiven Politikstil entwickeln, nötig wäre dies für die gesamte Gesellschaft. Und das ist noch erheblich schwieriger – dies wurde überdeutlich bei unserem Protest hier in München gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz, auf der diskutiert wurde, ob und wie sich der Nahe und Mittlere Osten militärisch unterjochen lässt. Um dabei ungestört zu bleiben, versuchte die Staatsgewalt Kritik gewaltsam zu unterdrücken. Auch dies folgt einer schon seit Jahrhunderten bestehenden Tradition, die unter Politik den „Einsatz von Macht für kollektiv bindendes Entscheiden“²² versteht, so eine Formulierung des Bielefelder Soziologieprofessors Niklas Luhmann (1927–1998). Um mit dieser Tradition zu brechen, müssen alle Mittel eingesetzt werden, die möglich sind.

Hilfestellung durch die Kunst

Die Auseinandersetzung mit Kunst kann eine Vorstellung davon vermitteln, welchen Reichtum die Fülle verschiedener Menschen mit ihren Sichtweisen bedeutet und was somit durch Herrschaft und durch den Einsatz von Macht verloren geht. Immerhin ist für Kunstwerke mittlerweile weitgehend anerkannt, dass jeder seinen eigenen Zugang dazu finden muss. Betrachter reagieren auf Kunstwerke mit ihren Assoziationen und erfinden dazu eigene Bedeutungen oder so-

gar eigene Geschichten. Daraus ergibt sich ein Großteil des Vergnügens bei der Auseinandersetzung mit Kunstwerken. Bei Diskussionen über die Bedeutung von Kunstwerken wird deutlich, dass jede Interpretation ihre Berechtigung hat. So mit kann Kunst dazu beitragen, die Akzeptanz von anderen Sichtweisen zu steigern. Auch wenn Kunst auf diese Weise alleine sicher keine große Wirkung entfalten kann, so ist sie doch in der Lage, Bewegungen für die Emanzipation der Menschen von Macht und Herrschaft zu stärken.

Quellenangabe

- 1 Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung – Philosophische Fragmente, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main, Mai 1988, S. 9
- 2 Michael Hauskeller, Was ist Kunst? Beck'sche Reihe 1254, S. 21ff
- 3 nach: Geschichte der Philosophie –VON DER ANTIKE BIS HEUTE, Christoph Delius und Matthias Gatzemeier, Deniz Sertcan, Kathleen Wünscher, Könemann Verlagsgesellschaft mbH, Köln, 2000, S. 27f
- 4 zitiert nach Horkheimer, Adorno, Dialektik der Aufklärung, a.a.O. S. 10
- 5 Rudolf Arnheim, Kunst und Sehen – Eine Psychologie des schöpferischen Auges, Neuauflage, Walter de Gruyter, Berlin, New York, 1978, S. 278
- 6 Horkheimer, Adorno, Dialektik der Aufklärung, a.a.O. S. 11
- 7 Begründet wurde der Positivismus von Auguste Comte (1798–1857) mit dessen Hauptwerk „Discours sur l'esprit positif“ (1844).
- 8 Horkheimer, Adorno, Dialektik der Aufklärung, a.a.O. S. 32f
- 9 Horkheimer, Adorno, Dialektik der Aufklärung, a.a.O. S. 33
- 10 Horkheimer, Adorno, Dialektik der Aufklärung, a.a.O. S. 42
- 11 zitiert nach dtv-Atlas zur Philosophie, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH und Co. KG, München, 1991, 5. Auflage 1995, S. 103
- 12 Horkheimer, Adorno, Dialektik der Aufklärung, a.a.O. S. 3
- 13 Gottfried Bammes, Figürliches Gestalten – Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende, Volk und Wissen Volkseigener Verlag, Berlin, 1981, S. 139 (Gottfried Bammes war Professor für Künstleranatomie in Dresden)
- 14 Schüler-Duden Die Kunst, Herausgegeben von der Redaktion für Kunst des Bibliographischen Instituts unter der Leitung von Gerhard Kwiatkowski, Dudenverlag, Mannheim/Wien/Zürich, 1983, S. 444
- 15 Jutta Held, Norbert Schneider, Sozialgeschichte der Malerei vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, DuMont Buchverlag Köln, 1993, S. 264
- 16 Schüler-Duden Die Kunst, a.a.O., S. 423
- 17 Schüler-Duden Die Kunst, a.a.O., S. 250
- 18 Faber Birren, Schöpferische Farbe, Werk-Verlag, Winterthur (Schweiz), 1971, S. 60
- 19 zitiert nach der Homepage der finnischen Firma M-real aus Metsä, http://www.m-real.com/v2/press_club/b_colour_german_article_01.asp
- 20 Helmut Willke, Systemtheorie I: Grundlagen, Lucius & Lucius, Stuttgart, 6. überarbeitete Auflage – 2000, UTB 1161, S. 157
- 21 zitiert nach Willke, Systemtheorie I: Grundlagen, a.a.O., S. 159f
- 22 Niklas Luhmann, Die Kunst der Gesellschaft, suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1303, Erste Auflage 1997, S. 107

8./9. Mai, Rom: Gründung der Partei der Europäischen Linken.

10./11. Mai, Bonn: Nationaler Städtebaukongress: Stadtentwicklung zwischen privatem Einfluss und öffentlicher Verantwortung. Veranstaltet von: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutscher Städte- und Gemeindebund u.a.

14.-16. Mai, Berlin: Es geht auch anders! Gemeinsamer bundesweiter Perspektivkongress von ver.di, IG Metall, Attac und anderen über die Perspektiven einer emanzipatorischen Gesellschaft, Infos: www.attac.de

15./16. Mai, Sömmerda: Kommunalpolitische Konferenz der PDS (s.u.)

21./22. Mai, Marburg: Euro-Imperialismus? Die Konflikte in den transatlantischen Beziehungen, Strategien eines „Kerneuropa“, die EU-Osterweiterung und die Verhältnisse zwischen dem Triademächsten und der Peripherie sind Themen, die im Institut für Politikwissenschaften der Uni Marburg in einem Workshop zum Thema „Euro-Imperialismus?“ diskutiert werden sollen. Ort: Wilhelm-Röpcke-Str. 6, Raum B 510. Träger sind die Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaft (FEG), WISSENTransfer und die Rosa-Luxemburg-Stiftung. ReferentInnen: Peter Gowan (Großbritannien), Armando Fernández Steinko (Spanien), Hans-Jürgen Bieling, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Otto Holmann, Ingo Malcher, Ingrid El Masry, Paul Schäfer und Ingo Schmidt. Die Aktualität der Imperialismustheorie steht dabei ebenso auf der Tagesordnung wie das Verhältnis der politischen Linken zum EU-Integrationsprozess. Anmeldungen an WISSENTransfer: buero@wissentransfer.info; Tel. 0172-4347575

23. Mai: Bundespräsidentenwahl

Mittenwald, 29./30. Mai: Protestaktionen gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger
Samstag, den 29. Mai 2004: 11.00 Demonstration ab Bahnhof durch Mittenwald

15.00 bis 18.00 Uhr Veranstaltung mit Beiträgen zu den NS-Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger in Frankreich, Italien und Griechenland. Angefragt sind u.a. Manolis Glezos (Athen), Vertreter aus Lingiades (Griechenland) Vercors (Frankreich)

Sonntag, den 30. Mai 2004: ab 9 Uhr Kundgebung gegen das Pfingsttreffen am Hohen Brendten.

VeranstalterInnen sind der AK Angreifbare Traditionspflege und die VVN-BdA. Zur Mobilisierung gibt es Plakate und den Aufruf. Wir bieten auch ReferentInnen für Mobilisierungsveranstaltungen mit Filmchen und historischen Hintergrundinformationen an. Außerdem fährt von Wuppertal und von Bremen (?) auch wieder ein Bus. Meldet euch schnell an bei angreifbare.tradition@freenet.de

4./5. Juni, Cottbus: Wissenschaft und Innovation – Zukunftspotenzial der Europaregion Berlin-Brandenburg. 4. John-Desmond-Bernal Tag. Eine Veranstaltung u.a. der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 4.6. ab 10.00, 5.6. bis 16.00 Uhr. BTU, Hörsaal A, Universitätsplatz 3, 03044 Cottbus, Teilnahmebeitrag: 35 / 25 mit Ü; 15 / 10 ohne Ü. Kontakt: Dr. Klaus Meier, Tel:030 44310145

5. Juni, Köln: STOP THE WALL. Veranstalter der Konferenz sind u.a. die Palästinensische Gemeinde Deutschland und Gush Shalom Deutschland. 1. Teil: Aktuelle Situation des Mauerbaus in Palästina und die Auswirkungen, u.a. mit Hasan Ayoub, Verantwortlicher des Forschungsinstituts für Siedlungspolitik und Mauerbau in Palästina, und Moshe Zuckermann, Leiter des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel-Aviv. 2. Teil: Perspektiven für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel, u.a. mit Dr. Salman H. Abu Sitta, Koordinator des Komitees zum Schutz des Rückkehrrechtes des palästinensischen Volkes, Prof. Amnon Raz-Krakotzkin, Jewish Studies Ben-Gurion-University, derzeit Fellow am Wissenschaftskolleg Berlin, Noah Salameh, Leiter des Zentrums für Konfliktlösung und Versöhnung in Bethlehem, Amos Gvirtz, Israelisches Komitee gegen die Zerstörung von Häusern. 3. Teil: Verantwortung Deutschlands und Europas im israelisch-palästinensischen Konflikt, mit Felicia Langer, Rechtsanwältin und Autorin, Dr. Norbert Blüm, Bundesminister a.D., Vertreter/in der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost, EJPP. 4. Teil: Kampagnen und Aktionen – was tun? Mit Sharif M. Omar Khaled, PENGON (Palestinian Environmental NGOs Network)/Anti-Apartheid Wall Campaign, israelische/r Kriegsdienstverweigerer/in (angefragt), Heidi Niggemann, International Solidarity Movement ISM
11-19 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, Köln

8.-10. Juni: G8-Gipfel, u.a. zum Nahostplan

13. Juni: Verschiedene Wahlen: Europawahl; Landtagswahl in Thüringen; Kommunalwahlen in: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen. Volksentscheid über neues Wahlrecht in Hamburg.

17.-18. Juni: EU-Gipfel, u.a. ebenfalls zum Nahost-Plan

27. Juni: Kommunalwahl in Thüringen.

28./29. Juni, Istanbul: NATO-Gipfel, u.a. zum Nahost-Plan

29. Juli bis 1. August: Linke Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in Sondershausen, Thüringen

Bundeskommunalkonferenz der PDS in Sömmerda

Freitag, 14. Mai

18 Uhr: Eröffnung der Anmeldung im Foyer des Volkshauses

19 Uhr: Veranstaltung „Soziale Kommune in Europa“ mit Dr. Helmut Markov, MdEP und Kandidat der PDS zur Europawahl

Samstag, 15. Mai

9 Uhr: Anmeldung im Foyer des Volkshauses

10 Uhr: Eröffnung der Konferenz durch Ralf Hauboldt, stellvertretender Landesvorsitzender der PDS Thüringen und Sömmerdaer Direktkandidat zur Landtagswahl, und den Sömmerdaer Bürgermeister Wolfgang Flögel (PDS)

10:15 Uhr: Anfangsplenum: „Zwischen Vision und Pragmatismus – Möglichkeiten und Grenzen linker Kommunalpolitik“ mit Dr. Dagmar Enkelmann, stellvertretende Vorsitzende der PDS, Dieter Hausold, Vorsitzender der PDS Thüringen, Jörg Detjen, Stadtrat Köln, Dr. Barbara Syrbe, Landrätin Ostvorpommern

13 Uhr: Exkursionen zu folgenden Themen: – Stadtbau – Altstadtsanierung – Stadtwerke – Industrieansiedlung – Kommunale Sparkasse

15:45 Uhr: Arbeitsgruppen zu folgenden Themen: Biete Schule, suche Wasserleitung – GATS und die Folgen für die Kommunen: Dr. Angelika Klein, MdL Sachsen-Anhalt, und Achim Kessler, MA der PDS-Fraktion Frankfurt/M. • Bürgerhaushalt: Tabubruch oder Systemwechsel in der Haushaltspolitik? Dr. Peter-Rudolf Zotl, MdA Berlin, Christina Emmrich, Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg, Daniel Tietze, Bezirksverordnete in Berlin-Lichtenberg • Sind die Kommunen wirklich pleite? Dr. Michael Friedrich, MdL Sachsen, und Hermann Dierkes, Stadtrat Duisburg • Die Auswirkungen der Hartz-Gesetzgebung auf die Kommunen: Tamara Thierbach, MdL Thüringen, und Gabriele Giesecke, Stadträtin Essen • Eine andere Bildungspolitik ist möglich: Gerrit Große, MdL Brandenburg, und Horst Bethge, Bundesreferent AG Bildungspolitik der PDS • Kultur in der Kommune – Perspektiven der kulturellen Grundversorgung: Dr. Birgit Klaubert, MdL Thüringen, Dr. Achim Grunke, Geschäftsführer des Kommunalpolitischen Forums Sachsen, und Patrick Humke, Vors. PDS-Fraktion Göttingen, Wolfgang Flögel, Bürgermeister

Sömmerda, Dirk Möller, Vors. Kulturausschuss im Stadtrat Weimar, Ida Schillen, Senatorin für Jugend, Kultur, Schule und Sport Rostock (angefragt) • Bunt statt braun – Kommunalpolitische Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Rainer Tietz, Mgl. Kreistag Oberhavel, und Andreas Müller, Stadtrat Aachen

19 Uhr: Thüringer Abend mit kulinarischen Spezialitäten und Live-Musik im Garten des Volkshauses

Sonntag, 16. Mai

9 Uhr: Gesprächskreise im Volkshaus zu folgenden Themen (in Verantwortung der Kommunalpolitischen Foren): – Hauptsatzung und Geschäftsführung – Schwerpunktfindung – Haushalt – Praktische Arbeit – Öffentlichkeitsarbeit

11 Uhr: Podiumsgespräch mit den BerichterstatterInnen der Arbeitsgruppen vom Vortag, Moderation: Dr. Dagmar Enkelmann

12 Uhr: Verabschiedung des Sömmerdaer Appells

12:15 Uhr: Abschlussrede von Prof. Dr. Lothar Bisky, Vorsitzender der PDS